

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 342 · 30. JAHRGANG · AUSGABE 3/2024 VOM 1. März 2024 · 1 EURO

3 | **Tanz auf einem
Pulverfaß**

Bau der Bernau-Arena

7 | **Gesetze werden
ignoriert**

Einwendungen gegen B167neu (BA1)

12/13 | **»Wasser und
Frieden«**

Welttag des Wassers am 22. März

Privateigentum, Naturzerstörung und Gemeinnutz

Paralleler Neubau der Promenade im Brandenburgischen Viertel

Eberswalde (bbp). In der letzten Februarwoche fanden nördlich des Heidewald-Parkplatzes **»Fäll- und Rodungsarbeiten für die Neugestaltung der Promenade zwischen der Spechthausener Straße und der Schwedter Straße im Brandenburgischen Viertel«** statt, wie die Pressestelle der Stadt Eberswalde informierte. Die eigentlichen Bauleistungen zur Herstellung eines neuen Weges werden in den Monaten April und Mai ausgeführt.

In der Mitteilung heißt es zu den Gründen: *»Da die Strecke im Bereich des Heidewaldparkplatzes über einen privaten Weg abgedeckt wird, dieser jedoch vom Eigentümer einer veränderten Nutzung zugeführt werden soll, muß die durchgehende Wegeverbindung auf ein städtisches Flurstück verlegt werden. Der Verlauf der Promenade wird demnach angepaßt.«* Den Verlauf anpassen bedeutet, daß der bestehende Geh- und Radweg beseitigt und ein paar Meter daneben ein neuer gebaut wird.

Das genannte städtische Flurstück verläuft als 4,50 Meter breiter Streifen zwischen den Grundstücken des südlich gelegenen Heidewald-Parkplatzes und des Oderbruch-Quartiers der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG nördlich davon an der Prenzlauer Straße. Derzeit ist dieser Streifen mit Bäumen und Büschen bewachsen.

Kiezbewohner, die von diesen Plänen erfuhren, schüttelten verständnislos mit dem Kopf. Wieder werde ein Stück Natur im Viertel zerstört, das zudem einen wichtigen Grünkorridor für den Wildwechsel kleinerer Säugetiere durch das Wohngebiet darstellt. Es sei bedrückend, immer wieder zu erfahren, wie Privateigentümer gegen öffentliche Interessen schalten und walten können und seitens der Stadtverwaltung keinerlei Versuche zu erkennen sind, sich hier für diese öffentlichen Interessen einzusetzen.

Statt sich im Sinne der Einwohner mit dem Privateigentümer auseinanderzusetzen, beispielsweise im Rahmen der Gestaltung des für das Areal geltenden Bebauungsplanes, über den letztlich die Stadtverordneten entscheiden, werden mittels Verwaltungsentscheidung auf die Schnelle Tatsachen geschaffen und Fördergelder verbraucht, die

auch gut für andere Vorhaben zu nutzen gewesen wären. Nach Aussage der Stadtverwaltung soll die Genossenschaft auf ihrem Grundstück – also unmittelbar unter den Balkons der Prenzlauer Straße 36 bis 52 – selber einen Parallelweg zur bestehenden Promenade geplant haben. Stattdessen gebe es nun eine *»Zusammenarbeit im Viertel«*, die darin besteht, daß sich die Genossenschaft an den Kosten des Neubaus der Promenade etwa zur Hälfte beteiligt. Diese betragen nach Angaben der Stadtverwaltung etwa 60.000 Euro. Hinzu kommen 10.000 Euro für die Beleuchtung des Weges und der Wohn- und Schlafzimmer im benachbarten Wohnblock, die gänzlich auf Stadtkosten gehen, die das aus dem Förderprogramm barrierefreie Wegenetze Brandenburgisches Viertel finanziert.

Die Kosten *»des ganzen Unsinns samt Umweltzerstörung«*, so ein dort wohnender Genossenschaftler, werden also zum Teil auf die Genossenschaftsmitglieder umgewälzt, die das letztlich über die Nutzungsentgelte für ihre Wohnungen bezahlen müssen.

Die Baum- und Strauchrodungen erfolgten auf einer Länge von 120 Metern und einer Breite von etwa viereinhalb Metern. Nach Fertigstellung der Promadenführung sollen voraussichtlich im Herbst 2024 einheimische Baumarten als Ersatz weggehendend neu gepflanzt werden. Mit dem ökologischen Wert des bisherigen naturnahen Wildwuchses wird das nicht vergleichbar sein.

Der Weg selbst soll rund 140 Meter lang werden, zweieinhalb Meter breit und mit Betonpflastersteinen befestigt sein sowie eine Beleuchtung erhalten.



Dieses Foto zeigt den bisherigen Zustand mit üppigem wildwuchernden Büschen und vielen Bäumen, die meist sich infolge natürlicher Succession angesiedelt haben und somit als standortgerecht und -angepaßt angesehen werden können.



Bereits am 26. Februar war ein großer Teil des Grünstreifens *»beräumt«*. Die Südseite des sanierten Wohnblocks ist der vollen Sonneneinstrahlung ausgesetzt, ohne ausgleichende Wirkung des Grüns auf das Mikroklima in diesem Bereich.

FOTOS (2): JÜRGEN GRAMZOW

Am 29. Januar ist ein aufrechtes Leben zu Ende gegangen. Drei Monate vor seinem 102. Geburtstag hat uns

Dr. Helmut Koch

verlassen. Er war nicht nur unser ältester Leser und zugleich Autor, sondern auch Freund und Mitstreiter. Zuletzt körperlich geschwächt, aber immer noch mit hellwachem Geist, durften wir noch Anfang des Jahres seine Unterstützung genießen und aus seinen Erfahrungen schöpfen. Noch als Hundertjähriger schrieb er in unserer Zeitung, nachdem er viele Jahre lang zu unseren aktivsten Autoren gehört hatte.

In einer sozialdemokratischen Familie im thüringischen Gera am 30. April 1922 geboren, erlebte er als Kind die Weimarer Republik und wurde als Jugendlicher von den deutschen Faschisten drangsaliert. Als junger Mann mußte er in den Krieg. Vier verschwendete Jahre seines Lebens, wie er es später formulierte. Längere Zeit davon verbrachte er an der Front vor Leningrad, wo mehr als eine Millionen Menschen infolge der Blockade durch Hunger, Krankheiten oder Bombardierungen starben. Das vergaß er nie.

Noch im Jahr 1945 trat er in die SPD ein und gehörte dem ersten Kreisvorstand der SPD und später der SED in Gera an. Er organisierte in der Nachkriegszeit die Versorgung für die Stadt und den Kreis Gera, später dann für das Land Thüringen. Nach der Verwaltungsreform arbeitete er schließlich im Ministerrat der DDR. Helmut Koch war Staatssekretär und in den 70er Jahren Stellvertretender Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Nach Meinungsverschiedenheiten mit verantwortlichen Funktionären des ZK der SED zur Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik wurde Helmut Koch Ende 1976 zum Aufbauleiter des Schlacht- und Verarbeitungskombinates Eberswalde (SVKE) berufen, das er bis zu seinem Renteneintritt 1987 als Generaldirektor leitete.

Helmut Koch haderte nie damit, daß er aus der Hauptstadt »in die Provinz« abgeschoben wurde. Er war vielmehr zeitlebens darauf stolz, immer kritisch gewesen zu sein, ohne sich zu verbiegen. Stolz war er auch auf »seinen Betrieb« und seine einstigen Mitarbeiter.

Politisch engagierte sich Helmut Koch auch nach der sogenannten Wende. Seiner Partei blieb er treu, bis er 2015 nach 70 Jahren Parteimitgliedschaft austrat. Aus Protest gegen die praktizierte Kommunalpolitik in Eberswalde und im Landkreis Barnim und wegen schwerer Verletzungen der innerparteilichen Demokratie. So blieb ihm der nachfolgende Absturz der Linken erspart, wenngleich es ihm sehr wehtat, daß sich diese Partei zuletzt sogar von ihren friedenspolitischen Grundsätzen mehr und mehr verabschiedete. Er selbst trat bis zuletzt für Frieden und Abrüstung ein und bewahrte sich seine freundschaftlichen Gefühle zu den Völkern der ehemaligen Sowjetunion.

Bei allem gesellschaftlichen und politischen Engagement war Helmut Koch auch ein Familienmensch. Unser Freund und Mitstreiter Helmut Koch bleibt in unseren Herzen. Seiner Frau Gisela und allen seinen Angehörigen gehört unser tiefes Mitgefühl.

SVEN WELLER (Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.) und GERD MARKMANN (Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Bürgerempfang 2024

Eberswalde (prest-ew). Am Sonnabend, dem 20. April, sind alle Eberswalderinnen und Eberswalder zur zweiten Ausgabe des neu aufgelegten EBERSWALDER BÜRGEREMPfangs eingeladen. Nach dem erfolgreichen Neustart des Formats im vergangenen Jahr im Brandenburgischen Viertel wandert die Veranstaltung mit Festcharakter diesmal in die Innenstadt.

Von 15 Uhr (Einlaß ab 14.30 Uhr) bis 19 Uhr können sich alle Gäste auf ein buntes Programm für Groß und Klein im und rund um das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio freuen. Auch die Puschkinstraße wird an diesem Tag zur Festmeile. Dabei können die Einwohner zusammenkommen und gemeinsam ein Fest für die ganze Familie feiern. Gleichzeitig dient das Format aber auch als Plattform für den kommunalpolitischen Austausch. So werden auch diesmal wieder Vertreterinnen und Vertreter der Rathausspitze inklusive Bürgermeister Götz Herrmann vor Ort sein, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Somit können Fragen, Sorgen oder Hinweise direkt und auf Augenhöhe mit dem Stadtoberhaupt besprochen werden.

Kulturell stehen Live-Musik, Tanz-Darbietungen, Clownerie und vieles mehr auf dem Programm. Ergänzt wird dieses durch die Einbindung der Akteurinnen und Akteure aus dem Bürgerbildungszentrum sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Gesellschaft, Kultur- und Vereinsleben an eigens dafür hergerichteten Info-Ständen.

Volksinitiative »Gesundheit ist keine Ware«:

Krankenhäuser retten!

Flächendeckende Gesundheitsversorgung erhalten

Viele Krankenhäuser stecken wegen gestiegener Energiepreise, Inflation und Tarifierhöhungen in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Bundesregierung hat zudem eine Krankenhausreform angekündigt, die die Schließung von 22 der bisher 66 Standorte in Brandenburg bedeuten könnte.

Die Sparzwänge machen auch vor den Krankenhäusern in Bernau und Eberswalde nicht Halt. Wenn sogar solch große Häuser von wirtschaftlichen Problemen sprechen, ist es Zeit, zu handeln. In manchen Landkreisen sind Krankenhäuser bereits konkret von einer Schließung bedroht. Patienten müßten dann in weit entfernte Einrichtungen fahren und die Angehörigen für Besuche ebenso. Zugleich fallen die Arbeitsplätze vor Ort weg. Einer solchen Entwicklung muß man vorbeugen.

Die Bundesregierung will für Sparmaßnahmen ein Drittel der Krankenhausstandorte in Brandenburg komplett schließen. Die eher kleinen Krankenhäuser außerhalb des Speckgürtels dürften besonders in den Fokus des Gesundheitsministeriums geraten. Dabei sind diese Krankenhäuser für die flächendeckende Gesundheitsversorgung besonders wichtig.

Brandenburg ist bundesweit schon seit Jahren Schlußlicht bei der medizinischen Versorgung. Nirgends gibt es weniger Ärzte pro Einwohner als hier. Dabei ist der Bedarf besonders groß. Denn die Brandenburger sind im Schnitt fast drei Jahre älter als im restlichen Bundesgebiet. Und ältere Menschen sind häu-

figer krank als jüngere. Der hohe Altersschnitt macht sich auch bei den Praxen bemerkbar. Viele Ärzte finden keinen Nachfolger. In vielen Regionen leisten daher inzwischen Krankenhäuser die Grundversorgung.

Die Gesundheitsversorgung darf nicht nach Profit-Gesichtspunkten gemessen werden. Stattdessen muß der Staat eine flächendeckende medizinische Versorgung sicherstellen. Um dies zu erreichen, haben wir die Volksinitiative »Gesundheit ist keine Ware« gestartet. Die Volksinitiative fordert eine bessere Förderung, um folgende Ziele zu erreichen:

- 1: Krankenhäuser durch Rettungsfonds sichern**
- 2: Mehr Landärzte durch Stipendien**
- 3: Mehr Praxischwestern durch Übernahme der Ausbildungskosten**
- 4: Mehr Praxisgründungen und -übernahmen durch Landesförderprogramm ermöglichen**

Die Volksinitiative läuft bis zum 31.03.2024. Alle Bürger können diese mit ihrer Unterschrift unterstützen. Unterschriftenlisten und weitere Informationen zur Volksinitiative sind unter WWW.GESUNDHEIT-KEINE-WARE.DE verfügbar.

PÉTER VIDA

Bernau-Arena:

Tanz auf einem Pulverfaß

Bau der Bernauer Sparkassen-Arena zeigt Grenzen eines Gemeinwesens

Am Wochenende vom 16. bis 17. März soll die erste Veranstaltung in der jetzt noch im Bau befindlichen Sparkassen-Arena Bernau stattfinden. Es handelt sich um die DEUTSCHE MEISTERSCHAFT LATEIN 2024, ausgerichtet vom Tanzclub Bernau e.V.



FOTO: THOMAS TOBLER

Während vorn eröffnet wurde, zeigt sich hintenherum noch der volle Baustellenbetrieb: Parkhaus- und Arena-Rückseite am Eröffnungstag.

Ich bin erschüttert ob dieser Ankündigung vom 9. Februar, denn an dieser Arena wird noch wie blöde gebaut und selbst das Parkhaus – eine Voraussetzung zum Betrieb der Halle – ist immer noch nicht im regulären Betrieb. Zwar wurde »schon« am 21. Februar das Band für das Parkhaus durchgeschnitten, so daß es wenigstens vorläufig mit halber Kapazität und zunächst ohne Gebühren provisorisch in Betrieb gehen konnte. Ringsherum sieht es allerdings aus wie nach einem Hochwasser. Bislang liegt noch kein Stein dort, wo er hingehört. Und selbst mit diesem Parkhaus wird unter der Anrechnung aller seit Planung entstandenen Einrichtungen das entstandene Loch, als man den Bernauern den jahrzehntelang geduldeten wilden Parkplatz für 300 bis 400 PKW weggenommen hat, nicht gestopft. Dort nun, wo allein ganz OHNE irgendwelche Veranstaltungen in sämtlichen umliegenden Wohnstraßen jede Woche neu ein Ausnahmezustand herrscht, wo die Randstreifen seit zwei Jahren brechend vollgeparkt sind, dort, wo sich die Schulkinder zwischen fahrenden Autos schlängeln, gleich neben Patienten, die zu ihren Behandlungen von und zum Krankenhaus eine Lücke im Verkehr suchen, in der sie nicht überfahren werden, gleich neben eilig tuckerknackenden Baufahrzeugen und entnervten Parkplatzsuchern, dort also, wo sich inzwischen kein Vogel mehr hin verirrt, da kracht zum Finale noch einmal so richtig die Schwarte.

Denn hier wird gleich neben dem chronisch parkplatzlosen Krankenhaus eine Veranstaltungshalle gebaut, in die 2000 Leute passen. Wir reden hier also nicht von einer Kita, sondern einer Zuschauer- und Darstellerkarawane, die seit Erfindung des Latein-

amerikanischen Tanzes in Bernau noch nicht gesichtet wurde.

Meine schlichte Seele, die ein geordnetes Dasein bevorzugt, kann da nur weinen. Wie geht sowas? Wer erlaubt das? Ist die Bürgermeisterei in ihrem Aktionismus jetzt schon auf jede Nummer angewiesen, sich vor die Kamera zu stellen? Ist die Basis eines Zusammenlebens der Kommune, nämlich Ordnung und Sicherheit, jetzt völlig abgegessen? Werden kommunale Prinzipien nun ersetzt vom heillosen Agieren einer Stadtregierung?

Das Projekt ist augenscheinlich eine Nummer zu groß. André Stahl verwies hierzu in Facebook: »Es gab einen wilden Parkplatz mit chaotischen Zügen ohne baurechtliche Genehmigung. Im Ergebnis der Bebauung wird es doppelt soviel Parkplätze geben und eine Veranstaltungshalle, die für die Bernauerinnen und Bernauer viele Veranstaltungen ermöglichen wird, die wir bisher nicht hatten.«

Hieran erkenne ich nur eine Denkweise, welche Wachstum als Maßstab über alles stellt, die gleiche Denkweise, mit der in dieser Welt Kapitalinteressen bedient werden, eine Vorfahrtsregel für den Profit, die alle anderen Argumente unter den Teppich kehrt. Ich finde das beschämend.

Diese Fläche, auf der nun Arena und Parkhaus errichtet werden, beherbergte einst einigermaßen gut umzäunt den Bernauer Stadtbauhof, und das bereits in DDR-Zeiten. Nach der Aufgabe dieser Funktion durch Wegzug in den 90er Jahren gammelte das Biotop unbekümmert vor sich hin, bis es Naturfreunde in Parkplatznot für sich entdeckten. Dies war so und wurde so geduldet, auch über die Zeit, als in der Nachwendzeit gleich nebenan mit Genehmigung der Stadt neue

Sachzwänge erbaut wurden, welche wiederum noch mehr Parkplätze benötigten als zuvor. Genau genommen hatte die Stadtverwaltung bis in die Nullerjahre keinen Plan, wie man denn für den allseits gelobten Kranken- und Ärztehausausbau die nötigen Parkplätze beschaffen wolle.

Immanuel-Klinikum, Ärztehausneubau und auch der erst vor Jahresfrist fertiggestellte Erweiterungsbau des Immanuel-Klinikums wurden ohne Schaffung nennenswerter Gäste-Parkplätze durchgezogen. Wachstum ist offenbar entscheidend, der Rest erledigt sich irgendwie. Ein Ausverkauf geordneter Entwicklung – von Amts wegen?

Derweil sproß nebenan auf der Brache das Unkraut und wild verwurzelte Sträucher wuchsen zu ansehnlichen Baumgruppen heran. Der Löwenzahn gähnte bis weit über die Jahrtausendwende und der Laie fragte sich, warum man denn im Rathaus nicht eins und eins zusammenzählt. Doch wir wissen ja, daß sich in Bernau viele Fragen aufgrund des häufigen Sonnenscheins von allein erledigen. Das ist so typisch für Bernau, daß mir bei Regenwetter instinktiv immer wohler ist.

Kurz gesagt: Dieses weithin sichtbare Zeugnis der Unfähigkeit wurde einfach mal jahrzehntelang ausgesessen. Nachdem mit dem umgesetzten Pro und Contra zum Rathausstandort in der Alternative Citylage oder Ladeburger Dreieck das Projekt für Arena und Parkhaus entwickelt und Vorfahrt für das Dreieck bekam, war auch ein zwingender Grund gefunden, dieser Fläche einen annehmbaren Sinn zu geben. Damit erledigte sich das Problem der wilden Parkfläche nicht etwa aufgrund von Eigentümergepflichten und aus einer Gewissensentscheidung heraus, sondern die Schaffung von Baufreiheit wurde als Lösung benutzt.

Der Start war das Abräumen des wilden Parkplatzes ab dem 9. März 2021. Damals wurde nicht nur irgendwie Ordnung geschaffen, sondern die Holzabsäger und Schaufelbagger ebneten buchstäblich das weithin sichtbare Symbol von Eigentümergeversagen mit brachialer Kraft ein. Dazu wurde en passant das übliche Grünzeug abgeräumt, denn in Bernau werden an Baustellen grundsätzlich sämtliche Bäume entfernt, die nur in irgendeiner Art und Weise einer Baggerdurchfahrt im Weg stehen könnten. Zuletzt geschah dies mit der Beräumung von Bäumen am 31.1./1.2. wegen einer lächerlichen Bushaltestelle an der Ladeburger Chaussee (Pressemitteilung 37/2024).

Gehts noch? In Bernau schon. Das und alles andere zeigt, daß im Rathaus die enorme Bedeutung des öffentlichen Raums für die Lebensqualität in einem Gemeinwesen nicht verstanden wird. Als ein Diener der Stadt kann man darauf NICHT stolz sein.

Erneut Streik im ÖPNV

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat die Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr zu einem Wellen-Streik zwischen dem 26. Februar und dem 2. März aufgerufen. Hauptstreiktag war der 1. März, an dem zugleich zum Klimastreik aufgerufen wurde.

Hintergrund sind die laufenden Tarifverhandlungen für die rund 90.000 Beschäftigten im kommunalen ÖPNV in über 130 kommunalen Unternehmen. In den Tarifverhandlungen geht es hauptsächlich um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Entlastung der Beschäftigten, beispielsweise durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, Erhöhung des Urlaubsanspruches, zusätzliche Entlastungstage für Schicht- und Nacharbeit sowie Begrenzung geteilter Dienste und unbezahlter Zeiten im Fahrdienst.

»Das Signal, das die Beschäftigten mit ihrem Streik am 2. Februar ausgesendet haben, ist anscheinend nicht ausreichend verstanden worden, denn die Tarifverhandlungen in den einzelnen Bundesländern sind nach wie vor ohne Ergebnis geblieben. Um endlich Bewegung in die Verhandlungen zu bringen, muß jetzt erneut Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt werden. Deshalb rufen wir die Beschäftigten zu konzentrierten Streiks auf«, betont die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle.

Behle wies darauf hin, daß im ÖPNV ein dramatischer Arbeitskräftemangel herrsche und ein starker Druck auf die Beschäftigten bestehe. Täglich würden in allen Tarifbereichen Busse und Bahnen ausfallen, weil es nicht genug Personal gibt. »Es muß dringend etwas geschehen, damit die Beschäftigten entlastet werden. Die Arbeitgeber sind jedoch nach wie vor nicht bereit, die Forderungen zu erfüllen und den Beschäftigten entgegenzukommen. Damit ist ein Streik unumgänglich«, so die ver.di-Vize.

Auch in Berlin und Brandenburg bestehen weiterhin deutliche Differenzen am Verhandlungstisch. In Brandenburg bestehen die Arbeitgeber weiterhin auf Flexibilisierungen bei der Arbeitszeit und Verschlechterungen bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

»Die Arbeitgeber wollen nicht sehen, daß die aktuellen Arbeitsbedingungen im Widerspruch zu fundamentalen menschlichen Bedürfnissen stehen. In Brandenburg werden sogar Verschlechterungen bestehender Regelungen gefordert. Mit diesem Verhalten provozieren die Arbeitgeber weitere Streiks im öffentlichen Nahverkehr.« erklärt der Fachbereichsleiter für den ÖPNV bei ver.di Berlin-Brandenburg Jeremy Arndt.

Am 1. März wurde auch die Barnimer Busgesellschaft bestreikt.

KALLE KUNKEL,
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Der »Muff von 1000 Jahren...«

Ein Glück, daß es die AfD gibt! Im Kampf gegen die AfD vergessen die Leute am ehesten, wem und warum sie diese Partei zu verdanken haben. So kann sie doch noch einem Zweck nützen, einem enormen Ablenkungsmanöver von der Regierungspolitik der Ampel.

Die beste Methode der AfD-Abwehr wäre Regierungspolitik im besten Sinne zum Wohle der Menschen! Den Weg dahin sucht die Ampel seit zwei Jahren vergeblich. Die Selbstbedienung funktioniert aber schon besser.

Bei aller Berechtigung und Notwendigkeit demokratischer Demos gegen wirklich Rechte darf man nicht vergessen, wem wir diese Partei und ihre Führer zu verdanken haben.

Der Artikel 131 des Grundgesetzes ermöglichte allen Nazi-Beamten, denen man keine Kriegsverbrechen »nachweisen« konnte, die Wiedereinstellung oder nahtlose Weiterbeschäftigung in der Bundesrepublik!

Man erinnere sich an Heinz Reinefährth, SS-General, Schlächter von Warschau 1943/44, der von 1951-1964 Bürgermeister von Westerland war. Ein Beispiel unter Tausenden.

Ohne den Muff von 1000 Jahren unter den Talaren... (der Juristen, Beamten und Professoren etc.) und ohne die fehlende echte Aufarbeitung des Faschismus hätte es die neofaschistischen Vorgänger der AfD und sie selbst kaum geben können. Die Bundesrepublik brauchte 80 Jahre, um der ermordeten Widerstandskämpfer Hilde und Hans Coppi in einem Film zu erinnern, der jetzt auf der Berlinale gezeigt wird!

Verantwortlich dafür ist aber auch die Politik der DDR-Abwicklung durch Goldgräber aller color aus Wirtschaft und Gesellschaft der alten BRD, die eine ganze Generation in die Nähe der Rechten trieb!

BERND C. SCHUHMAN



FOTO: ANDREAS STEINER

Solche Großplakate sind derzeit im Lichterfelder Ortsteil Buckow zu sehen. Sehr wahrscheinlich stammen sie von dort angesiedelten Bauern oder Fuhrunternehmen, die sich an den bundesweiten Bauernprotesten beteiligten und beteiligen.

Kreiswahlprogramm der Barnimer Grünen

Eberswalde (bbp). Am 20. Februar stand zur zweiten Mitgliederversammlung des Barnimer Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen im neuen Jahr der Beschluß zum Wahlprogramm für die Kreistagswahl am 9. Juni auf der Tagesordnung. Bereits drei Wochen vorher hatten die Barnimer Grünen auf der ersten Mitgliederversammlung des Jahres allen 18 Kapiteln zugestimmt. Dabei hatte es eine »lebhaft Diskussions« gegeben.

»Soziale Aspekte«, teilten die Kreissprecher Steffi Bernsee und Sebastian Gellert mit, »nehmen im aktuellen Programm einen breiteren Raum ein als früher, allerdings ohne die ökologischen Ziele in den Hintergrund zu drängen«. Die Zwischenzeit wurde genutzt, um das umfangreiche Programm redaktionell zu überarbeiten. Es soll auch eine Kurzfassung erstellt werden. Beide Texte werden veröffentlicht.

Steffi Bernsee äußerte zum Programm: »Wir haben uns bewußt für eine stärkere Ausrich-

tung auf soziale Themen entschieden. Eine lebenswerte Region können wir nur sein, wenn wir alle Menschen und die unterschiedlichen Lebenssituationen in den Blick nehmen. Wir möchten uns besonders für Kinder, Jugendliche und Familien einsetzen und Inklusion in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erreichen. Wir setzen auf Vielfalt, Gleichberechtigung sowie Mitwirkung und Teilhabe an politischen Entscheidungen. Dies ist der Grundstein für eine starke Demokratie!«

Ihr Sprecherkollege Sebastian Gellert ergänzte: »Die Überschrift unseres Programms – Mehr Grün! Mehr wir! – ist kein platter Slogan und die Schaffung einer Gemeinwohlregion Barnim mehr als eine Vision. Mit unserem Programm unterbreiten wir ein Angebot für die Menschen, eine lebenswerte, soziale Zukunft in unserem Landkreis zu schaffen und gleichzeitig den Klimaschutz und die planetaren Grenzen für unser Wirtschaften im Fokus zu behalten.«

Kontroverse um Saarstraße

Am 13. Februar 2024 fand im von Baumängeln so strotzenden Tourismuszentrum des Familiengartens die jüngste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) der Stadt Eberswalde statt.

Zahlreich erschienen waren Einwohner der Saarstraße, die Stellung nehmen wollten zu den Plänen der Stadt, diese hinter der Obus-Endhaltestelle eher ruhige Straße ausbauen zu lassen und dort entlang den Obus-Verkehr, der bislang an der Max-Lull-Straße endete, bis zu den Ostender Höhen zu führen. UWE GROHS, sonst Stadtverordneter, stellte diesmal als Bauingenieur die Pläne der Verkehrsberuhigung mittels Beamer vor. Entgegen der ursprünglichen Planung mit zahlreichen Schwellen, die Autos zum Abbremsen nötigen, soll es nur noch drei sogenannte Aufpflasterungen in dem 800 m langen Straßenbereich geben. Zugleich gibt es zwei Obus-Haltestellen und am Übergang Ostender Höhen in Richtung der Kreiswerke eine Wendeschleife für den Bus. Dort kann der Fahrer eine Pause machen, auf Toilette gehen, oder eventuell auch nicht, wenn es knapp mit dem Fahrplan wird. Jedenfalls fungiert die Schleife als Zeitpuffer, damit pünktlich gestartet werden kann. Desweiteren, so die Baudezernentin ANNE FELLNER, soll durch die Nähe der neuen Endhaltestelle zur Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BDG/Kreiswerke) ein Anreiz für die Beschäftigten dort gegeben werden, mit dem Bus zur Arbeit zu fahren. Auf der ganzen Saarstraße gilt dann Tempo 30 mit der Verkehrsregel »rechts vor links«. Dies wolle man zunächst so ausprobieren, ob das mit dem Obus so funktioniere. Ansonsten müßte man viele Schilder aufstellen, was unschön aussehe.

Zirka 15 Einwohner aus dem betroffenen Ostender Wohngebiet nahmen als Gäste im Konferenzsaal Platz und durften am Anfang der Sitzung, die KURT FISCHER eröffnete, ihre

Fragen stellen. MARIO NEUBAUER bezog sich auf den Mobilitätsplan 2030 von Oktober 2020, der einen Ringschluß für den Obus über die Ostender Höhen vorsah. Das würden die Einwohner favorisieren. Außerdem fragte er sich, ob sich die Elektrifizierung der 800 m langen Strecke überhaupt lohne, wegen geschätzt 90 Busgästen am Tag. Man könne ja auch den Weg mit Batterie fahren. Eine andere Einwohnerin, CHRISTINE HILL, fragte sich, was auf der engen Straße bei einer Busbegegnung passiere? Die Häuser der Saarstraße seien teilweise aus den 1930er Jahren und würden jetzt schon bei Verkehr vibrieren. BENJAMIN HILL sprach später, nach Beantragung des Rede-rechts, noch einmal das Problem der Erschütterungen an. Einwohner FRANK, ebenfalls HILL, befürchtet, daß die Straße zur Rennstrecke werde und wegen der kurzen Verbindung zur BDG dann massiv von Autos mit klappernden Anhängern »zur Müllkippe« hin befahren werde. Und seiner Meinung nach ist den Ange-stellten der BDG durchaus zuzumuten, 800 m zu Fuß zu gehen ... (Applaus!)

Auf diese Wortmeldung reagierte Baudezernentin ANNE FELLNER nicht, antwortete jedoch auf Herrn Neubauer und Frau Hill, daß die Ringführung derzeit mit dem Landkreis und der Busgesellschaft nicht verhandelbar ist. Außerdem gäbe es dann keine Pausen-möglichkeit für den Fahrer und auch keinen Fahr-planpuffer. Vielleicht änderten sich die Mög-lichkeiten im Laufe der Jahre, meinte sie. Die Planungen seien sehr genau, was die Straßen-breite anbelangt und die Fußgängerwege und man müsse einen Ausgleich zwischen Befahr-barkeit und Reduzierung der Geschwindigkeit finden. Das Rasen solle verhindert werden.

Der Fahrbahnuntergrund werde deutlich bes-ser und damit auch die Erschütterungen ge-ringer. Die Saarstraße erfülle eine wichtige Verbindungsfunktion, so Anne Fellner.

Auch Uwe Grohs als Planer betonte, die jet-zige Straße sei »total kaputt« durch das Befah-ren von täglich bis zu 250 Müllfahrzeugen seit den 1980er Jahren. Mit der grundhaften San-rierung werde das alles viel besser und es wird dann auch keine Erschütterungen der Häuser mehr geben.

J.G.

PANIK im ASWU

Als gelegentlicher Chronist der Kommunal-politik muß man sich manchmal zu Örtlich-keiten begeben, die baulich eine einzige Kata-strophe sind, so wie das Tourismuszentrum am Familiengarten. Dort tagte jüngst der Aus-schuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU). Nachdem die Einwohner der Saarstraße ihren Unmut vorgetragen und auch Tiefbauamtsleiterin HEIKE KÖHLER gesprochen hatten, zog es den Mitschreiber tief mit dem Fahrstuhl ins Basisgeschoß, weil dort die Toi-lette war.

Als höflicher Mensch sperrt man hinter sich ab. Das war ein Fehler! Geschäft erledigt, aber die Tür ließ sich nicht entsperren. Den Knopf gedreht und gedreht, die Tür war fest zu. Ge-fangen. Hier unten im Seitenbau, hinter drei Gangtüren, da würde nicht mal Schreien hel-fen. Handy nicht dabei, wäre aber zwecklos ge-wesen, weil im gesamten Haus kein Empfang. An der Tür gerüttelt. Die sitzt eins A fest. Mit der Schulter dagegen? Durch diese Tür? Eher bricht mir das Kreuz, als daß diese Tür kaputt geht! Leichte Panik. Wie kann man hier auf sich aufmerksam machen? Keine Chance. Wie in einem tiefen Verlies! Einen Kurzschluß ver-ursachen!? Noch mehr Panik. Dann eine Idee: Am Türgriff die Tür fest herangezogen und gleichzeitig den Knopf gedreht - Simsaladim! Die Tür ging auf ... Einer sachkundigen Ein-wohnerin ging es später genauso...

J.G.

Anmerkung: Einige Tage später wandte sich der Dezernent für Soziales, Ordnung und Kultur Bernd Schlüter, der auch für den Familiengarten verantwortlich ist, an den Schreiber mit den Worten: »Vielen Dank für den Hinweis! Das Team vom Familiengarten hat sich umgehend um die Problematik gekümmert. Das Türschloß ist nun wieder deutlich leichter gangbar.«

Mehrzweck-Gemeinschaftshaus

Bessere Ausstattung für den Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung

Unsere Vorschläge für eine bessere Ausstat-tung des neuen Ortsteils Clara-Zetkin-Sied-lung sind nach den ersten Beratungen im Fe-bruar im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) zur Weiterberatung in die Aus-schüsse für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt (ASWU) sowie Wirtschaft und Finan-zen (AWF) verwiesen worden. Leider schaffte es die Stadtverwaltung nicht mehr, diese Ver-weise in die Einladungen für die Märzsitzun-gen aufzunehmen, weil die Einladungen für den ASWU wohl schon fertig und einen Tag später abzuschicken waren.

Im Februar nahm die Fraktion außerdem ein Gutachten zur Fassaden- und Dachbegri-

nung zur Kenntnis, das sie im Dezember be-auftragt hatte. Dies soll Grundlage für eine Beschlüßvorlage der Fraktion im April sein.

Die Petition von Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern, in der vorgeschlagen wird, den Whistleblower Julian Assange zum Ehrenbür-ger der Stadt Eberswalde zu ernennen, lag in der Sitzung am 29. Februar (nach Redaktions-schluß) den Stadtverordneten zur Entschei-dung vor. Wir unterstützen diesen Vorschlag und werden, falls erforderlich, mit einer eige-nen Beschlüßvorlage zu diesem Thema aktiv werden.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktion Die PARTEI
Alternative für Umwelt und Natur

Rentensprechstunde

Eberswalde. Wohnanlage der Volkssolidarität am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 13.3. und 10.4., jeweils von 10 bis 12 Uhr.

Biesenthal. Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 13.3. und 10.4., jeweils 13-15 Uhr.

Bernau. Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 20.3. und 17.4., jeweils 10-15 Uhr.

Nur mit Anmeldung unter 03338/8463.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

UWW jetzt bei BVB

Werneuchen (bbp). Vier Monate vor der Kommunalwahl am 9. Juni hat sich die UNABHÄNGIGE WÄHLERGRUPPE WERNEUCHEN (UWW) den Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen und Freien Wählern (BVB/Freie Wähler) angeschlossen.

Die UWW wurde im Jahr 2004 gegründet. Inzwischen ist sie stärkste Kraft in der Werneuchener Stadtverordnetenversammlung und stellt den Bürgermeister. »Wir setzen uns mit all unserer Energie und unseren Möglichkeiten für die Stadt Werneuchen und die Ortsteile ein«, sagt die UWW-Fraktionsvorsitzende Kristin Niesel. »Dabei ist es uns wichtig, mit der Landesebene im Gespräch zu sein und gemeinsam einen Lösungsweg zu finden.«

BVB/Freie Wähler freuen sich »über die Bereicherung durch die neuen Mitstreiter aus Werneuchen« erklärte deren Landesvorsitzender Péter Vida. »Die gemeinsamen Ziele und Anliegen werden durch den Beitritt der UWW weiter gestärkt.« Die UWW stehe seit vielen Jahren für eine tiefgründige, alle Ortsteile stützende basisdemokratische Arbeit. Dazu gehört die Förderung des dörflichen Gemeinschaftslebens ebenso wie die Unterstützung des traditionellen Brauchtums, Maßnahmen zum Natur- und Umweltschutz, die Stärkung der freiwilligen Feuerwehr und der Vereine. Zugleich stehen ein finanzierbarer Straßen- und Wegebau, Informationsveranstaltungen für Bürger bei Großinvestitionen, bezahlbarer und altersgerechter Wohnraum sowie gleiche Standards in den Kitas ganz oben auf der Agenda. Mit dem Beitritt zu BVB/Freie Wähler können nun diese Themen auch auf Kreis- und Landesebene angesprochen werden.

Sozialpolitik an 3. Stelle

Groß Schönebeck (bbp). Am 29. Januar traf sich die SPD Joachimsthal-Schorfheide in Groß Schönebeck, um »die Herausforderungen unserer Region« zu diskutieren. Als Leitfaden des Abends diente eine von der SPD Barnim initiierte Umfrage, in denen die Einwohner des Landkreises, die sich an der Umfrage beteiligten, deutlich machten, daß für sie eine gute Mobilitätspolitik an erster Stelle steht. Auf Rang 2 folgen Bauen und Wohnen, sowie Umwelt- und Klimaschutz. An dritter Stelle die Sozialpolitik.

Dies im Hinterkopf diskutierten die Sozialdemokraten die Verklappung in örtlichen Gewässern, neue Radwege rund um Altenhof, und die Wiederaufnahme des Betriebs der Linie RB63 zwischen Joachimsthal und Templin. Zu den aktuellen Herausforderungen der SPD Joachimsthal-Schorfheide gehören die Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni. Der Ortsverein plant dafür Aktionen, so Ferdinand Brehme vom Vorstand des Ortsvereins.

Zum Mittagessen per Datenbank

Das Citymanagement der BeSt Bernauer Stadtmarketing GmbH hat eine Datenbank für die Mittagsangebote der Bernauer Gastronomie entwickelt. Ab sofort können Mittagsangebote in Bernau bei Berlin auf einen Blick unter WWW.BERNAUER-INNSTADT.DE oder WWW.BEST-BERNAU.DE gefunden werden.

Von Gyros, über Bratkartoffeln bis hin zu Mango-Chicken – die neue Datenbank der Mittagsangebote erlaubt den Nutzerinnen und Nutzern einfach und schnell, den richtigen Mittagstisch in Bernau zu finden. Neben der intuitiven Bedienbarkeit ist die Datenbank

für die Darstellung auf mobilen Endgeräten und Desktopsystemen optimiert. Zukünftig sollen die Mittagsangebote auch auf der Stadt-App »Mein Bernau« abrufbar sein. Doch nicht nur für die Nutzerinnen und Nutzer, sondern insbesondere für die Gastronomie bieten sich viele neue Möglichkeiten. Interessierte Gastronominnen und Gastronomen haben die Möglichkeit, bis zu drei Mittagsgerichte pro Tag eigenständig über ein Meldefenster einzutragen sowie über mehrere Webseiten und zukünftig in der Stadt-App zu veröffentlichen.

NILS LÖNNIES

Politische Verlobung in Panketal

Panketal (bbp) Am 10. Januar luden die Wählergruppen BÜNDNIS PANKETAL und GEMEINSAM IN PANKETAL (GiP) zu einer »politischen Verlobungsfeier« in die Bibliothek des Panketaler Rathauses ein. Unter dem Motto »Zusammen mehr erreichen!« arbeiten beide Gruppen bereits seit einiger Zeit enger zusammen.

In ihrer »Verlobungsrede« sagte Carola Wolschke für das 2003 gegründete BÜNDNIS PANKETAL über die Beweggründe: »Wir haben bereits in den vergangenen Jahren einiges erreicht. So zum Beispiel den Erhalt des Robert-Koch-Parks, die Bewahrung der Biodiversität am 'Okkenpfuhl' und einen nachhaltigeren Straßenbau in Panketal. Mit der Wählergruppe GEMEINSAM IN PANKETAL haben wir dabei verschiedentlich zusammengearbeitet und festgestellt, daß uns viel verbindet und wenig trennt. Geeint hat uns beispielsweise das Bemühen um die Entwicklung des 'Heidehauses' hin zu einem Bürgerhaus. Geeint hat uns auch das Ziel einer planvollen Ortsentwicklung. Bereits 2004 initiierte das BÜNDNIS PANKETAL die Erarbeitung eines 'Integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes' – damals leider ohne die notwendige Mehrheit in der Gemeindevertretung. Fast 20 Jahre

später liegt – nunmehr auf Antrag von GEMEINSAM IN PANKETAL – ein solches Konzept vor.«

Für die zur Kommunalwahl 2019 gegründete Wählergruppe GEMEINSAM IN PANKETAL betonte deren Sprecher Thorsten Wirth zum einen das bereits Erreichte. Dazu gehörten u.a. die Gründung eines europäischen Partnerschaftsvereins, die schrittweise Aufstellung barrierefreier Spielgeräte auf allen Panketaler Spielplätzen, die effektive Unterstützung der Corona-Hilfe sowie die deutliche Erhöhung des Kulturetats der Gemeinde. Wirth betonte: »Die Akteure beider Wählergruppen zeichnen sich dadurch aus, daß sie ohne ideologische Scheuklappen, ohne parteipolitische Spielchen, ohne das Schachern um Posten und Pöstchen und ohne das Schielen auf eigene private Vorteile agieren. Sie sind als Lobbyisten der Bürgerinnen und Bürger Panketals tätig.«

Die rationale Alternative



Wandlitz (bbp). Mitglieder der Partei Die PARTEI trafen sich am 26. Februar in Wandlitz, um ihre Listen für die Kommunalwahlen am 9. Juni aufzustellen. Für die neun Kreistags-Wahlkreise fanden sich insgesamt 13 Bewerber. Außerdem wurden die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlungen in Bernau (3), Biesenthal (1) und Werneuchen (1), für die Gemeindevertretungen in Panketal (1), Wandlitz (3) und Melchow (1) sowie für die Ortsbeiräte in Lanke, Stolzenhagen und Wandlitz (jeweils 1) aufgestellt. In der Stadt Eberswalde ging Die PARTEI wie schon zu den Kommunalwahlen 2019 eine Listenverbindung mit den Wählergruppen Alternative Liste Eberswalde und Bürgerinitiative Radwege in Eberswalde ein. Hier treten insgesamt acht Kandidaten für die beiden Wahlkreise an.

Straßenneubau B167neu (1. Bauabschnitt):

Gesetze werden ignoriert

Im Herbst hatten wir über Einwendungen gegen den geplanten Neubau der sogenannten Ortsumgehungsstraße B 167 (OU B 167) zwischen Finowfurt und Eberswalde berichtet (BBP 9 u. 10/2023). Derzeit werden die Einwendungen durch das zuständige Landesamt für Bauen und Verkehr geprüft. Als direkt Betroffener hat auch CHRISTOPH MAUS, Vertreter einer Erbgemeinschaft, der ein Areal zwischen Üdersee und Oder-Havel-Kanal gehört, auf dem sich viele Erholungsgrundstücke befinden. Christoph Maus verweist in seiner Einwendung auf insgesamt fünf Punkte. Wir beginnen mit seinen Einwendungen Nr. 1 und 2:

1. Einwendung gegen das geplante Bauvorhaben wegen Nichtbeachtung bzw. Verletzung der 1990 erlassenen Verordnung zum Schutz des «Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin». Ebenso wegen Verdacht auf Verstoß gegen ein noch detailliert auszuformulierendes EU-Gesetz zur Wiederherstellung der Natur – Nature Restoration Law. (Am 12.07.2023 stimmte das EU-Parlament der Erlassung eines solchen Gesetzes zu.)

Der geplante Neubau mißachtet in erheblichem Maße die Verordnung über die Festsetzung von Naturschutzgebieten und einem Landschaftsschutzgebiet von zentraler Bedeutung mit der Bezeichnung »Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin«. Diese Verordnung regelt den Schutzzweck dieses Landschaftsgebietes »zum Schutze der Pflege und Entwicklung der besonderen Vielfalt, Eigenart und Schönheit einer in Mitteleuropa einzigartigen Kulturlandschaft«. Gemäß der Verordnung kann auf Antrag in Einzelfällen nur Befreiung gewährt werden, wenn überwiegende Gründe des Gemeinwohls die Befreiung erfordern.

Zusätzlich stünde das Vorhaben, eine OU mit AS (Autobahnschnittstelle) in einem Biosphärenreservat zu bauen, auch im krassen Widerspruch zu dem am 12. Juli 2023 vom EU-Parlament verabschiedeten Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, welches alle EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichten soll, bereits zerstörte wie auch geschützte Naturlandschaften wieder in einen guten Zustand zu bringen bzw. in einem solchen zu belassen. Im Falle der betreffenden Neuplanung hingegen würden Schädigungen von zurzeit noch weitgehend intakten Wald- und Moorlandschaften im Gebiet des Biosphärenreservats nördlich von Finowfurt bis Eberswalde geradezu mutwillig in Kauf genommen! Und all dies für ein Bauvorhaben, welches nach den aktuellen Erkenntnissen (Verkehrsaufkommen etc.) weder notwendig noch von der direkt daran anliegenden Gemeinde Schorfheide gewünscht wird!

Laut einer aktuellen Untersuchung vom Juli 2023 belegt Deutschland den drittletzten Platz von 27 EU-Staaten, was den Schutz und die Neuerschaffung von Naturschutzgebieten angeht. Dies hat unserem Land schon mehrfach eine Rüge von Brüssel eingebracht.

Das Vorhaben, eine seit vielen Jahrzehnten bestens funktionierende AS zur A 11 in einem

Ort (Finowfurt) zurückzubauen, um mit dieser Maßnahme einen Zulauf an Verkehr für eine neu zu bauende AS zu derselben Autobahn in einem als Biosphärenreservat deklarierten Gebiet zu generieren, hat etwas von einem Schildbürgerstreich! Und das mit einem vom Bund angeführten Argument, daß, wenn man die AS im Biosphärenreservat neu baut, die bestehende in Finowfurt zurückgebaut werden müsse, weil zwischen zwei AS mindestens elf Kilometer Entfernung zu liegen haben. Die bestehende AS im OT Finowfurt liegt etwa vier Kilometer von der neu geplanten AS entfernt.

Die Planungen dazu basieren auf längst widerlegten Angaben von Anfang der 1990er Jahre. Tatsächlich ging man damals von einem progressiv steigenden Verkehrsaufkommen in den Jahren nach der Wiedervereinigung 1990 aus. Dagegen wird die bisher bestehende Infrastruktur in der Ortslage Finowfurt inklusive zweier Gewerbeparks und der dort bereits bestehenden AS zur A 11 von der Gemeinde Schorfheide selbst als komplett ausreichend bezeichnet.

2. Einwendung gegen das geplante Bauvorhaben wegen Verlärmung angrenzender schützenswerter Naherholungsgebiete

Gemäß der oben erwähnten Verordnung soll das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin auch geschützt werden wegen der besonderen Bedeutung dieses Gebiets für die Erholung. Zumindest auf der dem geplanten Bauvorhaben zugewandten östlichen und südlichen Seite des angrenzenden Üdersees gibt es neben einem Hotel (Friends of Nature) und einem Campingplatz (An den Röthen 1) nur noch Parzellen von Naherholungsurlaubern. Alleine auf unserem Grundstück sind es 90!

Zusätzlich zu diesen und allen anderen von dem geplanten Bauvorhaben betroffenen Naherholungsgebieten wie Barschgrube, Mäckersee, Conradshöhe sowie Clara-Zetkin-Siedlung in Eberswalde werden auch die auf unserem Grundstück ansässigen Parzellenpächter mittlere bis erhebliche Beeinträchtigungen ihrer Erholung durch Verlärmung zu erleiden haben, sollte das geplante Bauprojekt inklusive der AS zur A 11 Wirklichkeit werden.

Und das ist auch von mir, als Miteigentümer des gesamten Grundstücks, nicht hinzunehmen!

Fortsetzung folgt

Regierungsnähe

Zur Berufung von Roland Wilkening zum neuen Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg am 6. Februar erklärte der Gruppensprecher von BVB/Freie Wähler im Landtag PÉTER VIDA:

»Ministerin Hoffmann hat schon in der Vergangenheit ein gestörtes Verhältnis zur Gewaltenteilung und Neutralität gezeigt. Nachdem sie Richter des Amtes enthoben hat und ihr Büroleiter zum Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs wurde, soll nun ihr treuer Abteilungsleiter Chef der Brandenburger Staatsanwaltschaft werden. Herr Wilkening mag fachlich qualifiziert sein, doch die Nähe zur Regierung steigert gerade in der jetzigen Zeit nicht unbedingt das Vertrauen in den Staat. Bei der Vielzahl an fragwürdigen Einstellungsentscheidungen in den Staatsanwaltschaften wäre eine Lösung ohne Bezug zur aktuellen Landesregierung das bessere Statement gewesen.«

Julian Assange

Während der Supreme Court in London über das Schicksal von Julian Assange und seine Auslieferung an die USA entscheidet, steht in Eberswalde eine Petition auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung, in der die Ernennung des WikiLeaks-Gründers zum Ehrenbürger der Stadt verlangt wird.

Julian Assange hatte mit seinen Mitstreitern Tausende Dokumente über US-Kriegsverbrechen der USA und ihrer Mittäter in den völkerrechtswidrigen Kriegen gegen Irak und Afghanistan öffentlich gemacht. Dafür soll er von Großbritannien an die USA ausgeliefert werden, wo ihm bis zu 175 Jahre (!) Kerkerhaft drohen. Womöglich droht ihm in den USA sogar die Todesstrafe, wie die Staatsanwaltschaft in der Anhörung in London einräumte.

Der »nette, ältere Herr mit den Gedächtnislücken« im Weißen Haus tut nichts, weil unter anderen auch Hillary Clinton keine rühmliche Rolle spielte.

Das Schweigen der »Menschenrechtler« des Auswärtigen Amtes in Berlin und im Bundestag und in Brüssel usw. ist nicht überhörbar.

Großbritannien und die USA müssen überlegen, ob sie sich mit ihrer Gerichtsbarkeit der Justiz Rußlands nähern! Obama wollte das Verfahren untergehen lassen. Man merke: Trump und Biden haben es vorangetrieben!

Wo ist denn nun die Bundesregierung, wo ist denn die feministisch-menschliche Außenministerin Annalena Baerbock mit ihrer angeblich weltweiten Verteidigung der Menschenrechte?

Damit paßt sie in die Geschichte des »Amtes« und so erfüllt sie ihren Amtseid.

Danke, Frau Baerbock, die USA können stolz auf Sie sein!

BERND C. SCHUHMANN | 7

Diese Erklärung, die von Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltungen der EU, der Niederlande und der Vereinigten Staaten koordiniert und von 800 Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden, dem Vereinigten Königreich unterzeichnet ist*, besteht aus drei Teilen:

- Grundsätzliches zum Selbstverständnis und den Pflichten von Amtsträgern (civil servants)
- Öffentliche Wiederholung der intern vorgebrachten Bedenken und Einwände gegen die Kriegsführung Israels in Gaza und gegen die Unterstützung Israels durch das transatlantische Bündnis
- Appell an die Regierungen und transatlantischen Institutionen, eine andere Haltung in dem Konflikt einzunehmen, die am internationalen Recht, den Menschenrechten und der Herstellung von Frieden orientiert ist.

Im 1. Abschnitt betonen die Amtsträger ihre Pflicht, die Verfassung, das internationale Recht und die nationalen Verpflichtungen, die die demokratisch gewählten Regierungen unterzeichnet haben, zu achten und zu schützen. Zurecht wird von den Beamten erwartet, daß sie unparteiisch bei der Umsetzung der Politik auf die Einhaltung von Recht und Gesetz achten. Sie verweisen auf ihre Expertise, Professionalität und Erfahrung, der die Regierungen, die sie eingestellt haben, vertrauen können.

Die Unterzeichner haben ihre Bedenken gegenüber einer Politik, die nicht im nationalen Interesse liegt, intern zum Ausdruck gebracht. Sie haben andere Schritte gefordert, die besser geeignet sind, der nationalen und internationalen Sicherheit zu dienen und Demokratie und Freiheit zu sichern. Aus politischen und ideologischen Gründen wurden diese wohl begründeten Bedenken vom Tisch gewischt (overruled).

Deshalb sehen sie sich in der Verantwortung, im Dienst für ihre Länder alles zu tun, damit diese und auch sie nicht mitschuldig werden an einer der schlimmsten Katastrophen gegen die Menschlichkeit in diesem

Türkische Medien haben gezählt, wie viele Kinder in verschiedenen militärischen Konflikten gestorben sind.

Syrien: 12.000 getötete Kinder in 11 Jahren.
 Irak: 3.100 getötete Kinder in 12 Jahren.
 Jemen: 3.700 getötete Kinder in 7,5 Jahren.
 Gaza: 11.000 getötete Kinder in 109 Tagen.

Das war der Stand am 24. Januar. Zwei Wochen später berichtete der Spiegel schon von 12.000 getöteten Kindern. Das ist das Zehnfache aller Getöteten auf israelischer Seite, die auf den Hamas-Angriff Anfang Oktober zurückgehen. Insgesamt starben in Gaza seitdem 29.512 Palästinenser (Stand 26.2.24).

Es ist unsere Pflicht

Eine Erklärung von US-amerikanischen und europäischen öffentlich Bediensteten und Beamten zum Gaza-Krieg (Transatlantic Civil Servants' Statement on Gaza). Es ist unsere Pflicht, öffentlich Stellung zu nehmen, wenn die Politik unserer Regierungen falsch ist. Veröffentlicht am 2. Februar 2024.

Übersetzt und zusammengefaßt von HARTMUT LINDNER.

Jahrhundert. Sie erkennen es als ihre Pflicht, die Öffentlichkeit zu warnen und dies in Abstimmung mit ihren Kollegen in transnationalen Einrichtungen zu tun.

Im 2. Abschnitt heißt es: »Wir wiederholen öffentlich unsere Einwände, daß sich Israel bei seinen militärischen Operationen in Gaza an keine Begrenzungen (Beschränkungen) gehalten hat, was zu zehntausenden vermeidbaren zivilen Toten führen mußte; daß die absichtliche Blockade von Hilfen durch Israel zu einer humanitären Katastrophe geführt hat, die das Leben von Tausenden von Zivilisten dem Risiko des Verhungerns und langsamen Todes aussetzt. Die israelischen Militäroperationen haben nicht dazu beigetragen, ihr Ziel, die Freilassung der Geiseln zu erreichen und gefährden deren Wohlergehen, Leben und ihre Freilassung.

Israels Militäroperationen haben alle Erfahrungen und Expertise im Kampf gegen den Terrorismus seit dem 11. September 2001 außer Acht gelassen. Diese Militäreinsätze haben auch nicht Israels Ziel gedient, die Hamas zu besiegen, sondern sie haben die Anziehungskraft von Hamas, Hisbollah und anderer negativer Akteure verstärkt. Die laufende Militäraktion gefährdet nicht nur Israels eigene Sicherheit, sondern auch die Stabilität in der ganzen Region, sie birgt das Risiko größerer Kriege und hat auch Auswirkungen auf die Ziele der erklärten Sicherheitspolitik unserer Regierungen.

Unsere Regierungen haben die israelische Militäraktion öffentlich, diplomatisch und militärisch unterstützt. Diese Unterstützung ist ohne klare Bedingungen und Rechenschaftspflicht erfolgt. Angesichts der humanitären Katastrophe haben es unsere Regierungen versäumt, einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende der Blockade von notwendigen Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten für Gaza zu fordern.

Die gegenwärtige Politik unserer Regierungen schwächt ihr moralisches Ansehen und untergräbt ihre Fähigkeit, weltweit für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte einzutreten und schwächt unsere Bemühungen um internationale Unterstützung für die Ukraine zu erzielen und schädlichen Aktionen Rußlands, Chinas und des Irans entgegenzutreten.

Es besteht ein großes Risiko, daß die Politik unserer Regierungen zu schweren Verstößen gegen das internationale humanitäre Recht, Kriegsverbrechen und sogar ethnischen Vertreibungen oder gar Völkermord beiträgt.

Deshalb rufen wir unsere Regierungen auf: Hören Sie auf, der Öffentlichkeit zu versichern, es gäbe eine gerechtfertigte und vernünftige

Strategie, die der Handlungsweise Israels zugrunde liegt, und daß deren Unterstützung im Interesse unserer Länder sei.

Halten Sie an der Verantwortung Israels, wie aller anderen Akteure auch, zur Einhaltung der internationalen Menschenrechte und humanitären Verpflichtungen fest. Treten Sie Angriffen auf Zivilisten kraftvoll entgegen, wie wir es durch die Unterstützung des ukrainischen Volks tun.

Nutzen Sie alle Hebel - einschließlich eines Stopps der militärischen Unterstützung - um einen dauerhaften Waffenstillstand herzustellen und uneingeschränkten Zugang von humanitärer Hilfe in Gaza und die sichere Freilassung aller Geiseln zu erzielen.

Entwickeln Sie eine Strategie für einen dauerhaften Frieden, der einen palästinensischen Staat und eine Sicherheitsgarantie für Israel einschließt, so daß sich ein Angriff, wie der vom 7. Oktober, und eine Offensive gegen Gaza niemals wiederholen werden.«

* Es handelt sich um eine auf Englisch verfaßte anonyme Erklärung, die von den großen Zeitungen in den USA und Großbritannien und der BBC für authentisch gehalten wird. Diese Medien haben darüber berichtet. Der BBC ist es gelungen, einen beteiligten höheren Beamten zu interviewen, der aber seine Anonymität gewahrt haben wollte.

Es ist ausgesprochen ungewöhnlich, daß sich Mitarbeiter/Beamte der Verwaltungen in öffentlichen Stellungnahmen kritisch zur Regierungspolitik äußern. Der Dienstherr zieht sehr rasch deren Loyalität in Zweifel.

Josh Paul, ehemaliger Direktor beim US-Department of State (US-Außenministerium), ist vor drei Monaten von seinem Posten zurückgetreten, weil er die US-Politik gegenüber Israel nicht länger mittragen wollte. Er hat auf KNX-News Los Angeles in einem Interview diesen Schritt begründet und auf linkedin eine Seite eingerichtet, in der Resolutionen und Spendenaufrufe veröffentlicht werden.

CNN berichtet, man habe einen Unterzeichner interviewt, der seit 25 Jahren für das Außenministerium gearbeitet habe, der aber anonym bleiben wollte.

80 Unterzeichner stammen aus den USA, die anderen aus europäischen Ländern. BBC teilte mit, die meisten Unterzeichner seien seit mindestens 10 Jahren im Dienst.

Quelle der Stellungnahme: media2-col.corriereobjects.it/pdf/2024. Jewish Voice of Labour (JVL) präsentiert den Bericht von BBC und im Anhang den Text der Erklärung der Beamten.

Rüstung statt Bildung

Vor zwei Jahren überschritten russische Truppen die Grenze zur Ukraine. Erklärtes Ziel war u.a., den damals schon acht Jahre andauernden Krieg der ukrainischen Regierung gegen das eigene Volk im Osten der Ukraine zu beenden.

Außenministerin Baerbock reiste aus diesem Anlaß extra nach Odessa und durfte dort einige Zeit im Bunker verbringen. Es sind nur wenig mehr als diese zwei Jahre, seit diese Frau Außenministerin ist. Ihre Leistungen, wie die des Kanzlers, kann man wohl getrost in Frage stellen. Insbesondere, was die positiven Aspekte und den diplomatischen Beitrag zum Frieden in unserem Haus Europa betrifft.

Als die russischen Truppen 2021/22 aufmarschierten, hatte der Kanzler keine Zeit, mit Macron zu telefonieren, um den Krieg vielleicht noch in letzter Minute zu verhindern. Obwohl die Zeichen auf Sturm standen und der US-Geheimdienst den Termin schon an Scholz weiter gegeben hatte.

Man verließ sich auf den Laiendarsteller in der Kiewer Bankowa Uliza, dessen Bemühungen auf eine unmittelbare Einbeziehung der NATO in diesen Krieg gerichtet ist.

Statt eines Richtungswechsels der Ukraine in Richtung Waffenruhe und Frieden hat Selenskiy am 22. Januar eine neue Idee in einem Ukas (Dekret) festgelegt. Sein Kriegsziel heißt jetzt nicht nur Rückeroberung aller russisch besetzten Gebiete der Ukraine, sondern auch »Ukrainisierung« der russischen Gebiete Bel-

gorod, Rostow am Don, Brjansk und andere. Damit dies irgendwann gelingt, fordern führende deutsche Politiker nicht nur zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Rüstung, sondern gleich noch ein weiteres Bundeswehr-Sondervermögen auf Kreditbasis außerhalb des Bundeshaushaltes in Höhe von 300 Milliarden Euro.

Man erinnere sich: Als im Haushalt 17 Milliarden fehlten, gingen die Koalitionäre wie die Kesselflicker aufeinander los. Jetzt sollen dreihunderttausend Millionen Euro Schulden gemacht werden. Dafür müssen dann voraussichtlich noch unsere UrUr-Enkel dann auf Bildung verzichten! Das alles, weil der Kanzler seine Liebe nicht nur für CumEx-Akteure, sondern vor allem für die Rüstungsindustrie entdeckt oder enttarnt hat.

Hier lohnt es sich bei der Betrachtung der Schwerpunkte deutscher Politik auch immer wieder, auf den Rheinmetall-Kurs zu schauen: Am 23. Februar 2024 lag er bei 410 Punkten, 310 Punkte mehr als im Februar 2022. Mehr als das Vierfache innerhalb von zwei Jahren. Die »Fröhliche Klassenfahrt« zur Grundsteinlegung der neuen Rheinmetall-Munitionsfabrik mit Kanzler, Kriegsertüchtigungsminister und baltischer Stationierungsbefürworterin sowie Sekt und Schnitzchen am 12. Februar lösten ein neues Kursfeuerwerk aus. Allein in den ersten drei Februarwochen legte der Preis der Rheinmetallaktien um fast 100 Euro zu.

BERND C. SCHUHMAN

Die TAURUS-Phantom-Diskussion

Einige der kriegslüsternten Figuren der Berliner Opperettenbühne, wie MARIE-AGNES SCHNURSTRACKS-INDENKRIEG und RODERICH DAS KRIEGSGEWITTER, überschlagen sich regelmäßig mit ihren Forderungen, nun doch endlich die neue deutsche Wunderwaffe, die weitreichenden TAURUS-Marschflugkörper, in die Ukraine zu schicken, um damit Ziele im tiefen russischen Hinterland zu beschießen und »die Krim zu zerstören«. Der Krieg müsse »nach Rußland getragen werden. Russische Militäreinrichtungen und Hauptquartiere müssen zerstört werden.« Das KRIEGSGEWITTER sagte: »Wir müssen alles tun, daß die Ukraine in die Lage versetzt wird, nicht nur Ölraffinerien in Rußland zu zerstören, sondern Ministerien ... Gefechtsstände« usw. Die CDU hat kürzlich sogar einen entsprechenden Antrag, endlich TAURUS zuliefern in den Bundestag eingebracht.

Beschlossen wurde schließlich aber der allgemeiner gehaltene Antrag der Ampelkoalition, in der das Wort »Taurus« nicht vorkam, der sich aber ansonsten kaum von dem CDU-Antrag unterschied. Das bedeutet keineswegs, daß OLAF UND KONSORTEN weniger kriegslüster-

agieren. Bloß in diesem Fall ausnahmsweise ein ganz klein wenig realistischer.

Wie ein ukrainischer Experte, der Vorsitzende des Rates der Armeereservisten IWAN TIMOTSCHKO, jüngst gegenüber dem ukrainischen Fernsehsender Rada erklärte, verfügt die Ukraine nämlich weder über Transportmittel noch über eine geeignete Infrastruktur für den Einsatz von TAURUS-Marschflugkörpern. Solche Marschflugkörper könnten von schwedischen Gripen-Kampfflugzeugen gestartet werden, sagte er. Über solche Flugzeuge verfügt die Ukraine jedoch nicht. Selbst für den Fall, daß Schweden seine Kampfflugzeuge der Ukraine zur Verfügung stellt, würde es an den dafür ausgebildeten ukrainischen Piloten fehlen.

Insofern stellt sich das ganze Gefasel von den TAURUS-Lieferungen an die Ukraine als pure Phantom-Diskussion dar, die ausschließlich dafür geeignet ist, Kriegshysterie zu schüren – und »Olaf den Guten« als das kleinere Übel des zögernden Halbpazifisten darzustellen.

GERDA HENKEL

Der Abrüstungskanzler

In seiner Video-Botschaft zum zweiten Jahrestag des Ukrainekriegs sicherte Bundeskanzler Olaf Scholz der Ukraine weiterhin Beistand zu. Die BRD und die EU müßten mehr tun, so der SPD-Politiker, um sich verteidigen zu können. In diesem Zusammenhang sprach Scholz von Abschreckung und Verteidigungsbereitschaft. Diese Wörter seien in Deutschland fast in Vergessenheit geraten.

»Zusammen mit unseren Verbündeten müssen wir so stark sein, daß niemand es wagt, uns anzugreifen. So sorgen wir für unsere Sicherheit.« Ohne Sicherheit sei alles andere nichts, gebe es keine Freiheit, keine Demokratie und keine Menschenrechte, so der Bundeskanzler. Die beste Garantie für den Frieden in Europa bleibe die NATO. Stolz verkündete Scholz: Die BRD investiere »in diesem Jahr erstmals seit Jahrzehnten zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die Verteidigung. Und dabei wird es auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bleiben.«

Olaf Scholz wird demnach als Friedens- und Abrüstungskanzler in die Geschichte eingehen. Denn gemeinsam mit seinem sogenannten Wirtschaftsminister sorgt er seit Amtsantritt nicht zuletzt dafür, die Wirtschaftsleistung der BRD zu minimieren. Mit der Wirtschaftsleistung insgesamt sinkt selbstredend auch das Volumen der zwei Prozent, die laut den NATO-Vorgaben für die Rüstung auszugeben sind.

GERD MARKMANN

Von Beeskow nach Awdejewka

Das ukrainische Militär hat Munition aus Brandenburg erhalten. In einem Video aus entdeckten Bunkern unter der Stadt Awdejewka, das die 1. Slawjansker Brigade der Donezker Volksarmee online gestellt hat, ist als Absender einer der Munitionskisten zu sehen: MunVersZ Ost MunLg Schneeberg, Am Mühlenweg, 15848 Beeskow.

Das Munitionslager Schneeberg befindet sich etwa 7 Kilometer östlich von Beeskow, Kreisstadt des Landkreises Oder-Spree. Sehr wahrscheinlich gelangte die Munition nicht auf illegalem Weg in die Ukraine. Vielmehr kann dies als ein Beweis für die höchst offizielle Kriegsbeteiligung der Bundesrepublik Deutschland angesehen werden.

Es wächst die Gefahr, daß »zurückgeschossen« wird. Auf Ziele in Brandenburg. Das wäre nicht einmal völkerrechtswidrig, weil zwischen dem Rechtsnachfolger des Tausendjährigen Reiches und den Siegermächten – zu denen Rußland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion gehört – seit dem 8. Mai 1945 lediglich Waffenruhe gilt, die jederzeit wieder beendet werden könnte.

GERDA HENKEL | 9

Ganzheitliche Ernährung (37)

Osteoporose betrifft in Deutschland mehrere Millionen Menschen. Neben regelmäßigen Spaziergängen, die den Knochenaufbau fördern und gleichzeitig den Knochenabbau hemmen, ist eine aufrechte Sitzposition sehr wichtig. Außerdem sollten Sie Ihre Sitzhaltung regelmäßig verändern.

Selbstverständlich spielt auch die Ernährung eine wichtige Rolle.

An *Gemüse* steht Ihnen fast die ganze Palette zur Verfügung. Bedienen Sie sich ganz nach Ihrem Geschmack bei Blumenkohl, Grünkohl, Chinakohl, Weißkohl, Rosenkohl, Rotkohl, Brokkoli, Erbsen, Möhren, Zucchini, Linsen, Kichererbsen, Lauch, Tomaten, Bohnen, Rucola, Feldsalat, roter und gelber Paprika. In Maßen sollten Sie folgende Gemüse genießen: Sauerampfer, Spinat, Rote Bete und Mangold.

Auch beim *Obst* können Sie nach Herzenslust zugreifen. Verzichten sollten Sie jedoch auf Rhabarber. Ansonsten essen Sie Äpfel, Birnen, Bananen, Erdbeeren, Brombeeren, Himbeeren, schwarze Johannisbeeren, Orangen und Zitronen, Kiwi, Ananas, Aprikosen, Grapefruit, Feigen, Sanddorn und Hagebutte.

Sie sollten vor allem hochwertige *Fette und Öle* wie Butter, Leinöl, Nußöl und Olivenöl verwenden.

Auf Zucker, Salz und Mischungen mit Salz oder Zuckeranteil sollten Sie möglichst verzichten. Ansonsten können Sie bei *Gewürzen und Kräutern* sollten die möglichst wenig verarbeitet sind, aus dem Vollen schöpfen. So sind Basilikum, Petersilie, Schnittlauch, Kresse, Kerbel, Estragon und Thymian eine gute Empfehlung.

Auch bei *Nüssen und Samen* dürfen Sie sich unbeschwert bedienen. Ob Haselnüsse, Paranüsse, Cashewkerne, Mandeln, Sonnenblumenkerne, Leinsamen oder Chiasamen – greifen Sie zu. Auf gesalzene Nüsse sollten Sie dabei jedoch völlig verzichten.

Fleisch und Wurst sollten Sie weitestgehend vermeiden, nur gelegentlich sollten Sie Hähnchen, Pute, Bio-Rindfleisch und Bio-Schweinefleisch verzehren. Auch auf panierten und fritierten *Fisch* sollten Sie verzichten. Dagegen ist fetter Seefisch, wie Makrele, Thunfisch, Lachs, Hering und Heilbutt zu empfehlen.

Bei *Eiern und Milchprodukten*, einschließlich Käse sind keine Einschränkungen zu beachten.

Bei *Brot und Getreide* dürfen Sie gerne Haferflocken, Buchweizen, Amaranth, Dinkel, Emmer, Hirse, Einkorn, Quinoa, Naturreis, Kartoffeln und ungesüßtes Müsli konsumieren. Verzichten sollten Sie auf Fertiggerichte und Weizenprodukte.

Trinken Sie vor allem magnesium- und kalziumhaltiges Wasser.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Europas neue Schuldnerberatungen (1)

Nach dem einleitenden Artikel in Ausgabe 02/2024 (Von Bernau bis Europa) liefert der Autor eine lose Berichtsserie über den von Bernau ausgehenden Aufbau der Schuldnerberatungen in ganz Europa, beginnend mit Deutschland

Im November 2023 hat die Europäische Union eine neue Konsumentenkreditrichtlinie publiziert (Consumer Credit Directive II/CCD II). Diese Richtlinie enthält einige bahnbrechende Neuerungen. Erstmals wird gesetzlich festgelegt, was Schuldnerberatung ist. Schuldnerberatung ist ein professionelles Beratungsangebot, das von unabhängigen Einrichtungen zugunsten von Personen mit großen finanziellen Problemen unter Berücksichtigung von juristischen, psychologischen und finanziellen Aspekten durchgeführt wird. Diese Dienste sollen kostenfrei angeboten werden.

Die CCD II muß auch in Deutschland umgesetzt werden. Im europäischen Vergleich steht Deutschland mit seinen rund 1.450 Schuldenberatungsstellen ganz gut da. Wenn man aber berücksichtigt, daß von dieser großen Anzahl von Schuldenberatungsstellen gerade einmal zehn Prozent des Beratungsbedarfs abgedeckt wird – 600.000 Klienten bei sechs Millionen Überschuldeten –, dann ist der große Handlungsbedarf auch für die BRD offensichtlich.

Und dies gilt auch für die Städte Bernau bei Berlin und Eberswalde. Beide Städte haben rund 43.000 Einwohner.

Der Dachverband der Wohlfahrtsverbände, die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände, hat bereits im Oktober 1998 eine annähernd flächendeckende Versorgung mit Schuldnerberatung mit folgendem Beratungschlüssel festgelegt: 2 Beraterinnen oder Berater pro 50.000 Einwohner.*

Beide Städte sind weit von diesem Schlüssel entfernt. Der DRK Kreisverband Niederbarnim bietet in Bernau in der Bahnhofspassage Schuldenberatung lediglich zweimal in der Woche dienstags und donnerstags von 10 bis 18 Uhr mit einer Schuldenberaterin an. Die Situation in Eberswalde ist nicht besser. Dort gibt es das Angebot am Montag und Donnerstag zu den gleichen Uhrzeiten ebenfalls nur von einer Schuldenberaterin.

Überschuldung ist ein komplexes Problem, das vielfältige Ursachen haben kann. Dazu gehören Armut und dauerhaftes Niedrigeinkommen, das Eintreten von Arbeitslosigkeit, Trennung oder Scheidung, Krankheit oder Unfall. Auch Suchtverhalten wie Alkoholismus oder Spiel- und Internetsucht können in die Überschuldung führen. Desweiteren stellen Kreditaufnahmen ein Risiko dar, wenn die monatliche Tilgungsbelastung zu hoch ist oder ein sogenannter finanzieller Schock eintritt, der durch die Reduktion oder den Wegfall von Einkommen oder durch unvorhergesehene Ausgaben ausgelöst wird. Gescheiterte Kleinselbstständigkeiten gehören ebenfalls zu den Ursachen und Auslösern von Überschuldung und den damit verbundenen Ausfällen bei Steuerzahlungen und Krankenkassenbeiträgen. Auch Ratenkreditfinanzierungen, vor allem wenn sie scheinbar schnell und unkompliziert über das Handy abgeschlossen werden, stellen ein Risiko für das Eintreten von Überschuldung dar.

Es ist ein schleichender Prozeß bis zur völligen Zahlungsunfähigkeit, Energiesperren und dem drohenden Verlust der Wohnung, der auch mit großen psychischen Problemen verbunden ist. Dazu gehören Scham und Schuldgefühle, Angstattacken, Depressionen bis hin zur Suizidgefahr. Schon Kinder sorgen sich zu einem hohen Anteil (33 Prozent) um die finanzielle Situation ihrer Familie (Ergebnisse des Bosch Schulbarometers 2023). Und das ist berechtigt, denn jede dritte Familie in Deutschland kann unvorhergesehene Ausgaben in Höhe von 370 Euro und mehr aus dem laufenden Einkommen nicht bestreiten.

Angesichts der seit Dezember 2021 um zwölf Prozent gestiegenen Lebenshaltungskosten, der gestiegenen Energiepreise, der niedrigen Zinsen für ein Sparbuchkonto (0,25 %), der am Horizont sichtbaren wirtschaftlichen Rezession und dem damit verbundenen Anstieg der Arbeitslosigkeit ist mit einer weiteren Zunahme der Anzahl von überschuldeten Menschen zu rechnen.

Es ist deshalb der dringende kommunale Handlungsbedarf gegeben, die Schuldnerberatung in Bernau bei Berlin und Eberswalde personell aufzustocken und das Angebot zeitlich zu erweitern.

DR. DIETER KORCZAK

Unser Autor ist Diplom-Volkswirt und promovierter Soziologe. Er lebt und arbeitet in Bernau bei Berlin und ist gegenwärtig der Projektleiter eines Projektes zum Aufbau von Schuldnerberatungsstellen in 13 europäischen Ländern.

* – www.agsbv.de/1998/10/



Hohensaatener Wald gerettet

Hohensaaten (bbp). Auf dem Gelände des ehemaligen Treib- und Schmierstofflagers der NVA (TSL-22) zwischen Oderberg und Hohensaaten wollte die Lindhorst-Gruppe 3,7 Quadratkilometer gesunden Mischwald abholzen, um dort einen Solar- oder Windpark samt Gewerbegebiet zu errichten (BBP Sommer/2023 und Winter/2023).

In der Stadtverordnetenversammlung von Bad Freienwalde gab es aktuell einen interfraktionellen Antrag, die Änderungen, die den Hohensaatener Wald betreffen, aus der Fortschreibung des Flächennutzungsplans herauszunehmen. Die Lindhorst-Gruppe nahm dies nun zum Anlaß, sich von ihrem Photovoltaik-Projekt in Hohensaaten zu verabschieden.

Der Wald, der dabei vernichtet werden sollte, ist das Bindeglied zwischen dem UNESCO-Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, dem Nationalpark Unteres Odertal und dem polnischen Landschaftsschutzpark Zehden. Der wertvolle Mischwald mit einer vielfältigen Flora und Fauna, darunter viele seltene und geschützte Pflanzen und Tiere, hatte sich auf dem ehemaligen Militärgelände, das nach aufwendiger Altlastensanierung dreißig Jahre lang in Ruhe gelassen wurde, herausgebildet.

»Rein formell galt die Fläche noch immer als Militärgelände«, erklärte dazu der Landtagsabgeordnete Péter Vida (BVB/Freie Wähler). »Auf solchen Flächen sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetz vor, Photovoltaikanlagen massiv zu subventionieren. Entsprechend groß war das Interesse der Lindhorst-Gruppe, den gesunden Mischwald zu opfern, um von den hohen Subventionen zu profitieren. Aus ökologischer Sicht wäre dies reiner Irrsinn gewesen. Denn Photovoltaik auf ehemaligen Militärflächen wird subventioniert, weil es sich dabei normalerweise um zerstörte Natur handelt. Nicht so in

Hohensaaten. Die Bundesregierung hätte hier die Vernichtung eines gesunden Mischwaldes noch mit hohen Subventionen aus Steuermitteln belohnt!«

Bereits seit Jahren kämpften daher die Bürgerinitiative PRO WALD HOHENSAAATEN, die auch von BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg unterstützt wurde, gegen die geplante großflächige Abholzung. Mit Erfolg: Die Lindhorst-Gruppe hat das Projekt nun gestoppt, laut eigenen Aussagen auch wegen »öffentlichem Druck«.

Laut Vida ergibt sich nun die Chance, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:

»Die Landesregierung will zur Erfüllung von EU-Vorgaben große Flächen in Brandenburg als Wildnisgebiete ausweisen. Im Spreewald versucht sie das gegen den Willen der Bürger in einer von Menschen geschaffenen Kulturlandschaft aus Kanälen, Baumreihen und Feldern, die ohne menschliche Einflüsse nicht bestehen kann. In Hohensaaten besteht hingegen eine Fläche von mehreren Quadratkilometern, die de facto bereits ein Wildnisgebiet ist und nur noch als solches ausgewiesen werden müßte. Und das würde sicher auch von der ansässigen Bevölkerung akzeptiert werden.

Die Landesregierung sollte prüfen, ob eine solche Ausweisung möglich ist, etwa durch Ausübung eines Vorkaufsrechts oder Erwerb der Flächen. Wir werden hierzu eine Anfrage im Landtag stellen.«

Nächste Etappe beim Radverkehrskonzept

Eberswalde (prest-bar/tt). Im Rahmen der Entwicklung des Radverkehrskonzepts für den Landkreis Barnim gab es am 19. Februar eine öffentliche Informations- und Beteiligungsveranstaltung. Das Ingenieurbüro Ramboll Deutschland hat die Daten aus der online-Befragung evaluiert und schreibt diese nun fort.

Die mit dem Konzept verfolgten Ziele hat der Kreistag Barnim am 9. September 2020 festgelegt und folgende Schwerpunkte formuliert: touristische Radinfrastruktur, Radwege für den Alltag, Anbindung an den ÖPNV, kontinuierliche Pflege- und Unterhaltungsmanagement, Kennzeichnung von Unfallschwerpunkten sowie die Einberufung eines Beirates »Radwegekonzept Barnim«.

Um die Weiterentwicklung des Konzeptes an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten, fand bereits am 13. Juli 2023 die erste Bürgerbeteiligung statt. Am 19. Februar folgte nun die zweite Bürgerbeteiligung. Die entsprechende Präsentation blickte auf die Er-

gebnisse der (Online)-Bürgerbeteiligung und stellte das Zielnetz, den Handlungs- und Maßnahmenplan vor. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, ihre Ideen und Vorschläge in das Verfahren einzubringen und die infrastrukturellen Maßnahmen zu diskutieren.



FOTO: THOMAS TOBLER

Bürgerinitiative erfolgreich: Lindhorst zieht sich zurück

Vielen Dank an die Abgeordneten von Bad Freienwalde und Respekt für ihre Bereitschaft zum Umdenken! Der Antrag auf den Stopp des Vorhabens wurde von DANNY LENZ (Kurstadt für alle/Bündnis90-Die Grünen/NCC) gestellt und wird von der Fraktion aus »Wählervereinigung 2019«, der FDP und den »Inselgemeinden«, der Linken-Fraktion, den Fraktionen der CDU und der AfD unterstützt.

Der Vorschlag zur Übernahme des Gebietes durch das Land kann nur unterstützt werden und könnte ein einzigartiges Forschungsprojekt für die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) werden!

Inzwischen wurde auch deutlich, daß die Planung gegen Wald- und Bundesnaturschutzgesetz verstoßen würde. Übrigens konnte der unterstellte finanzielle Gewinn zu keiner Zeit nachgewiesen werden.

Am 14. März sollte die Stadtverordnetenversammlung Bad Freienwalde über den Aufhebungsantrag entscheiden. Dem ist nun Lindhorst zuvorgekommen und hat seinen Antrag auf Aufstellung des Bebauungsplans zurückgezogen.

Leider blieb genügend Zeit zur Ausplünderung und Vergrämung! Beim anstehenden Verkauf schaut man sich hoffentlich den Erwerber genauer an und erinnert sich an das Vorkaufsrecht!

Vorschlag: Das Land kauft die Fläche für die HNEE als langfristiges Forschungsobjekt!

FRANK HÖPPNER

Gesunde Brot dosen

Der Verein GEMEINSCHAFT WERNEUCHEN E.V. hatte am 24. Februar zu einem Tag rund um das Thema Gesundheit eingeladen.

Zu den Highlights des Tages gehörte die großzügige Aktion der Vereinsmitglieder, die kostenlose Brot dosen an die Kinder verteilten. Diese waren mit gesunden Leckereien gefüllt, um die Bedeutung einer ausgewogenen Ernährung für Kinder hervorzuheben.

Der Gesundheitstag bot eine breite Palette von Angeboten und Informationen, um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Besucher zu fördern. Von der Vorstellung regionaler Unternehmen bis hin zu Präventionsangeboten und Workshops zu gesunder Ernährung gab es für jeden etwas zu entdecken.

So gab es Einblicke in die Arbeit verschiedener Gesundheitsorganisationen und lokale Unternehmen präsentierten ihre Produkte und Dienstleistungen rund um das Thema Gesundheit, von Fitneßangeboten über Wellness bis hin zu medizinischen Dienstleistungen. Zudem gaben Experten Tips zur Vorbeugung von Krankheiten und zur Erhaltung eines gesunden Lebensstils. SABINE BÜTTNER

Straßen und Brücken sind marode, die Proteste und Streiks nehmen kein Ende. Und am schlimmsten trifft es die Schwächsten, die Rentner, die mit Almosen abgespeist werden, die nicht einmal die Inflation ausgleichen. Einen Platz in einem Altersheim, das nennt sich Seniorenresidenz, kann sich kaum noch jemand leisten. Die Liste der Greuel läßt sich noch problemlos fortsetzen.

Trotzdem: Anlässlich des Welt-Wassertages am 22. März, Motto »Wasser und Frieden«, ist es an der Zeit, das Thema Wasser wieder – so heißt das heute – »in den Focus« zu rücken. Für uns Brandenburger gibt es dazu besonders drei Gründe:

1. Auch nach einem wunderbar nassen Winter bleibt Brandenburg wasserarm – an Grundwasser und an Niederschlagswasser. Wir werden auch im kommenden Sommer wieder viel darüber hören und lesen müssen.

2. Die Wasserpolitik im Land hat sich in den vergangenen zehn Jahren nicht geändert, abgesehen davon, daß der Ministerpräsident (MP) inzwischen die jahrzehntealte Forderung der landesweiten Bürgerbewegung kopiert und übernommen hat, wonach alles Wasser, wo immer möglich, im Land zu halten und im Kreislauf zu nutzen ist. Bisher ist das nur Geschwätz. Wirksame Maßnahmen der Landesregierung: Fehlanzeige. Wir entwässern nach wie vor »auf Teufel komm raus«. Auch die gemeinsame Wasserstrategie mit dem Land Berlin und die anstehende Änderung des KAG (Kommunalabgabengesetz) lassen nicht erkennen, daß der sogar schon von MP Stolpe angekündigte Paradigmenwechsel (bevorzugt dezentrale Aufbereitung und Kreislaufnutzung) in Sicht ist.

3. Die sogenannte Rechtsprechung im Land (zutreffender Beschluß- und Urteilspraxis der Verwaltungsgerichte) ist nach wie vor fleißig dabei, die Kosten für die Fehlentscheidungen der Landesregierung den Bürgern aufzudrücken und scheut sich nicht, geltendes Recht mit Füßen zu treten. Ganz aktuell ist hier ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das eine Fehlentscheidung des OVG Berlin-Brandenburg einmal mehr kassiert hat (BVerwG 9CN3.22//OVG 9A2.1 vom 17.10.. 23).

Vor zehn Jahren habe ich für die BBP folgenden Text geschrieben - aktueller geht es kaum!

Das Land Brandenburg ist reich an schönen klaren Seen und Teichen, also wasserreich. Brandenburg ist gleichzeitig arm an leistungsfähigen Bächen und Fließen und Gräben – Abwasserfachleute bezeichnen sie als Vorfluter – und arm an gutem Grundwasser, Tendenz zunehmend. Damit ist Brandenburg zugleich wasserarm.

Brandenburg ist die niederschlagsärmste Region Deutschlands. In manchen Jahren fallen nicht einmal 450 Millimeter pro Quadratmeter

Zum Welttag des Wassers am 22.03.2024:

»Wasser und Frieden«

von Johannes Madeja

Das Thema »Wasser« scheint derzeit nicht besonders wichtig zu sein, jedenfalls hört und liest man von den politischen Parteien dazu sehr wenig bis gar nichts. Es ist Krieg in Europa und auf der ganzen Welt »sprechen« die Waffen. Die Bundesregierung macht die Wirtschaftsmacht Deutschland systematisch kaputt und wir, die kleinen Leute, zahlen. Der Wochenendeinkauf im Supermarkt wird immer teurer, Strom, Gas, Benzin und Diesel sind kaum noch bezahlbar. Auch die Müllabfuhr soll wieder teurer werden.

700 Millimeter) und Brandenburg ist dünn besiedelt, also auch arm an Bevölkerung, Tendenz ebenfalls steigend (Stand 2024: Die Besiedlungsdichte hat geringfügig zugenommen).

In diesem Land haben die sogenannten Verantwortlichen uns Bürgern vor mehr als 20 Jahren erzählt, daß man sogenannte Abwasser, also verschmutztes Wasser, das man selbst nicht mehr braucht oder verwenden will, in langen Rohren sammeln, in großen Klärwerken wieder reinigen und dann in die Flüsse und schließlich ins Meer ableiten muß. Das wäre der Inbegriff des Fortschritts.

Fachleute, die damals schon gesagt haben, gerade auch im Land Brandenburg, daß es darauf ankommt, nicht zu entwässern, sondern das Wasser in der Landschaft zu halten und vorzugsweise im Kreislauf zu führen und immer wieder zu verwerten, wurden ignoriert. Heute geben sich alle schlauer und beklagen die »Fehler« der Vergangenheit. Sie sind jedoch immer noch nicht bereit einzugestehen, daß eine Kehrtwende von der zentralen Entwässerung zur dezentralen Aufbereitung und Kreislaufführung des Wassers längst überfällig ist. Sie haben nämlich ein Problem.

Die langen Kanalisationsrohre und die über großen Klärwerke haben Geld gekostet, sehr viel Geld und sind teilweise immer noch nicht bezahlt. Zins- und Tilgungsraten drücken. Deshalb erfinden sie immer neue Abgaben, denn die Fehlentscheidungen in der Vergangenheit müssen ja bezahlt werden. Natürlich von uns, den Bürgern. Von wem sonst?

Die Abgaben haben viele Namen: Erschließungsbeiträge, Anschlußbeiträge, Erneuerungsbeiträge, Modernisierungsumlage, Verbrauchsgebühren – ständig steigend und deutschlandweit auf höchstem Niveau – und natürlich, sehr beliebt, weil leistungsunabhängig, Grundgebühren. Das alles reicht immer noch nicht, denn das »Netz« wird ja immer weiter vergrößert – vorzugsweise »auf Pump« versteht sich – und Vorsteher, Geschäftsführer, Büros, Sekretariate und Dienstwagen von 150 Zweckverbänden (2024: vielleicht sind es inzwischen ein paar weniger!?) wollen ja bezahlt werden. Und sie werden gut bezahlt!

Deshalb hat die Landesregierung, die für die ganze Misere selbst verantwortlich ist, nun eine neue Abgabe erfunden. Sie heißt Altanschlie-

ßerbeiträge. Auch wer schon vor 30 und mehr Jahren einen Kanalanschluß hatte und eine Verbindung zum Klärwerk, die gab es nämlich auch schon zu DDR-Zeiten, der soll für die neuen, größeren Klärwerke, die ja für die Neuanschlieser gebraucht wurden, aber oft viel zu groß ausgefallen sind, jetzt nachträglich mitbezahlen. Das wäre solidarisch, so sagt man es uns.

Nun sind wir aber nicht mehr von gestern. Inzwischen wissen wir, daß man nur zur Kasse gebeten werden kann, wenn man von dem, was da gebaut wurde, auch einen Vorteil hat. Und wir wissen, daß es bei Maßnahmen, für die Beiträge kassiert werden sollen, eine Verjährungsfrist gibt. Die beträgt vier Jahre und beginnt zu laufen, sobald die Maßnahme abgeschlossen und in Betrieb genommen wurde. Wenn es innerhalb dieser vier Jahre keine Beitragssatzung gibt, dann ist die Sache verjährt, so steht es in der Bundes-Abgabenordnung. Das hat der Brandenburgischen Landesregierung aber nicht gefallen. Sie hat sich vom Landtag ein Gesetz – es heißt Kommunalabgabengesetz – genehmigen lassen, wonach die Verjährung erst mit Verabschiedung einer rechtswirksamen Satzung zu laufen beginnt. Solche Satzungen haben Seltenheitswert. Zusätzlich hat man eine 10-jährige sogenannte »Hemmung« erfunden – weil ja die Verwaltungsstrukturen in den neunziger Jahren so chaotisch waren – so daß wir jetzt rechnerisch auf eine 25-jährige Verjährungsfrist kommen. Das ist Spitze! »Recht« ist es jedenfalls nicht. Das pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern und es gibt sogar Juristen (hört, hört!) – es werden immer mehr – die den Mut haben, das Unrecht und diejenigen, die Unrecht getan haben und immer noch tun, beim Namen zu nennen!

Übrigens ist der vormalige MP, Herr Dr. Stolpe, gerade für den Aufbau einer guten Verwaltung ausgezeichnet worden – haben Sie es gelesen?*)

Seit Juli 2013 stehen die Bernauer – und nicht nur Bernauer – an (fast) jedem Dienstag auf dem Marktplatz und sagen der Landesregierung, daß sie rechtswidrig handelt und fordern, daß Wasser gerecht, ausschließlich nach Verbrauch, bezahlt werden soll. Bei Strom und Gas geht das doch auch. Warum nicht bei Wasser? In der Podiumsdiskussion am 30. August 2014 in Bernau im Lindenhof herrschte dazu sogar

Einigkeit zwischen allen Parteien. Nur der Vertreter der seit 25 Jahren regierenden SPD sah das anders. Da konnte man sich nur wünschen, daß diese Partei endlich abgewählt wird. Bei Redaktionsschluß (das war im August 2014) wußten wir noch nicht, ob der Wunsch in Erfüllung gegangen ist.

Jetzt sind der neue Landtag und die neue Landesregierung gefragt.

Wir dürfen gespannt sein ob der neue Landtag bereit ist, Gesetze zu machen, von denen man sagen kann, daß sie »Recht« setzen. Das wünsch' ich mir!

So weit der »alte« Text. Mein Wunsch ist nicht in Erfüllung gegangen. Verwaltungsgerichte, Aufgabenträger und Landesregierung denken gar nicht daran »gerecht«, zu handeln. Zu Unrecht geforderte und beigetriebene (verjährte) Beiträge werden in der Regel, also regelwidrig, nicht zurückgezahlt. Es wurden »gesplittete« Verbrauchsgebühren erfunden – etwas niedrigere für Kunden, die so blauäugig und vertrauensselig waren, Beiträge zu zahlen (die bekommen wir ja zurück, wenn sie nicht rechtens waren – ha, ha, ha!) und höhere für diejenigen, die nicht gezahlt haben. Das BVerwG hat sich dazu eindeutig geäußert: So nicht! Die Kosten für erfolglose Bemühungen, Beiträge trotz Verjährung zu kasieren (sogenannte Nebenkosten), sollen natürlich trotzdem bezahlt werden, als ob es den § 224 des BGB nicht gibt. Danach sind nämlich mit der Hauptforderung auch die Nebenkosten verjährt. In Urteilen und Gutachten erscheint jetzt – vielleicht deshalb? – der Begriff »hypothetische Verjährung«. Diesen Begriff kennt das BGB nicht, er ist eine Erfindung von Juristen. Bei nur hypothetischer Verjährung kann man vielleicht die Nebenkosten doch noch geltend machen. So richtig plausibel erklären kann das kaum einer, selbst gestandene Juristen haben damit Probleme! Das ist auch kein Wunder!

Auf Richterstühlen sitzen nur ausnahmsweise Frauen oder Männer, welche die Bezeichnung »logisch denkender Mensch« verdienen und nicht in erster Linie laubbahnorientiert sind. Diese Leute sind sehr selten und sehr schwer zu finden, denn das Jurastudium hat ja in erster Linie die Aufgabe, logisches Denkvermögen und menschlich vernünftiges Verhalten zu beseitigen. Wie sagen sie zu uns? Wir sind an das Gesetz gebunden, das macht »die Politik«(!) und wie das zu verstehen, wie das auszulegen ist, das bestimmen wir!

Landesrichter sind Sklaven des Landes, von dem werden sie ernannt, aber nur, wenn sie »systemtreu« sind. Ein »aufmüpfiger«, kritischer Anwalt hat keine Chance »Karriere zu machen« oder einträgliche Aufträge zu ergattern.

Die Gewaltenteilung steht nur auf dem Papier! Es gelten, so meine ganz persönliche Meinung, folgende Thesen:

1. Kosten, die der Aufgabenträger geltend macht (es kommt nicht darauf an, ob sie entstanden sind und/oder erforderlich waren!), sind zu bezahlen! Landesregierung, Aufgabenträger und ihre Juristen werden nicht müde, Wege zu suchen und zu finden – auch illegale – an »ihr« Geld zu kommen. Der Bürger hat zu zahlen, basta! Wenn es gar nicht anders geht, dann eben aus Steuergeld. Die Systemklaven, insbesondere die Anwälte, sind zu bezahlen.

2. Zu Unrecht geforderte Gebühren, Beiträge ... werden nur in Ausnahmefällen zurückgezahlt. Im Gutachten von Professor Brüning aus Kiel heißt es: »Wer gezahlt hat, der ist der Dumme«.

3. Wer nicht zahlen will oder gar Geld zurückhaben will, der muß klagen (fristgerecht, versteht sich!) und wird durch alle Instanzen gejagt (Driehaus!). Diejenigen, die »durchhalten«, können gewinnen, aber das dauert! Wer sich nicht gewehrt hat, der hat eben verloren.

4. Folgekosten (Mahngeld, Säumniszuschläge, Inkassokosten, Anwaltskosten ...) sind auch bei einer zu Unrecht erhobenen Hauptforderung entstanden und können eingefordert werden. Sie werden gar bevorzugt beigetrieben. Auf die Hauptforderung, die oft nur ein Bruchteil der Gesamtforderung ausmacht, kommt es nicht (mehr) an! Diese Verfahrensweise gilt als rechtens, jedenfalls so lange Forderungen nicht endgültig verjährt sind.

5. Anwälte, die es gewagt haben, Bürgerinteressen zu vertreten und gar erfolgreich waren, werden gemäßregelt oder - wenn es nicht anders geht – anderweitig gefügig gemacht. »Öffentliche« Aufträge können da sehr hilfreich sein! Für den Bürger bleiben dann höchstens »Vergleiche« (auch wegen der Vergleichsgebühr!). Nach solchen Vergleichen stellt sich dann die Frage, ob es nicht billiger gewesen wäre, gleich zu zahlen und die Kröte »Unrecht« zu schlucken.

Mir ist völlig klar, daß diese Thesen Widerspruch hervorrufen, denn – so sagen manche – das kann ja alles nicht wahr sein, einfach weil wir ein »Rechtsstaat« sind! In diesem Jahr sind wieder Landtagswahlen. Noch regiert die SPD, daran sind wir wohl selbst schuld. Nach den Wahlen wird es neue Mehrheitsverhältnisse geben. Vielleicht haben ja dann die »Rechten« die Mehrheit und diejenigen, die sich als die »demokratische Mitte« sehen und anerkannt werden wollen, raufen sich zusammen, um eine »rechte« Landesregierung zu verhindern.

Ich hätte gern einen gerechten, echten Rechtsstaat. Ich bin gespannt!

*) an diese Auszeichnung erinnert sich heute noch kaum jemand. Ich frage: erfolgte die Auszeichnung zu Recht wenn gleichzeitig Fehlleistungen zur »Stolpe-Zeit« mit »chaotischen Verwaltungsstrukturen« entschuldigt werden?

FDP-Neujahrsempfang

Eberswalde (bbp). Am 26. Januar hatte der Barnimer Kreisverband der FDP gemeinsam mit dem Ortsverband FDP Eberswalde zum Neujahrsempfang in das Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio in Eberswalde eingeladen. Der Kreisvorsitzende MARTIN HOECK begrüßte über 60 Gäste, darunter die Europaabgeordnete SVENJA HAHN.



FOTO: JOHANNES HOHR

Bereits zwei Wochen vorher hatte die FDP in Panketal Alicia Fabienne Donat (auf dem Foto zusammen mit dem Kreisvorsitzenden Martin Hoeck) zur Direktkandidatin für den Landtagswahlkreis 14 (Bernau/Panketal) gekürt.

Hoeck informierte, daß sich die FDP Barnim an allen Wahlen des Jahres beteiligen werde. »Am 9. Juni wollen wir unsere Mandate in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen steigern und im Kreistag Barnim mindestens drei Mandate erreichen«, so Hoeck. Er selber kandidiert auch auf Platz 8 der Bundesliste zur Europawahl, während der Apotheker Christoph Maskow als Direktkandidat und auf Platz 10 der Landesliste zur Landtagswahl im September antritt.

Der langjährige Fraktionsvorsitzende in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung Götz Trieloff ließ in seiner Rede die einschneidenden Ereignisse – Corona-Pandemie und Überfall auf die Ukraine – der zu Ende gehenden Wahlperiode Revue passieren. Er konstatierte hieraus folgend eine massive Verunsicherung in der Gesellschaft. Gleichzeitig sieht er »unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sowohl von innen als auch von außen ernsthaft bedroht«. Trieloff warb für »eine entschlossene Verteidigung unserer freiheitlichen Gesellschaft und ihrer demokratischen Verfassung« und kündigte in diesem Zusammenhang seine Kandidatur zur Kommunalwahl an, wobei er jedoch die erneute Übernahme des Fraktionsvorsitzes ausschloß.

Der Landtagskandidat Christoph Maskow skizzierte seine Vision von Brandenburg als Vorreiter unter den Bundesländern: »Man stelle sich vor, Brandenburg mit der schlankesten Verwaltung, Vorreiter im Bürokratieabbau, den effizientesten Strukturen, mit den kürzesten Verfahrensdauern und den besten Bildungsergebnissen. Brandenburg als Leuchtturm mit wenig Staat und viel Freiheit. Das wäre doch was.«

Forst und Jagd

An der Öffentlichkeit vorbei und ohne jegliche Abstimmung hat Minister AXEL VOGEL das Referat Forst und Jagd aus der Abteilung Landwirtschaft in die Abteilung Naturschutz verschoben. In der Begründung ließ der Minister verlauten, daß die Probleme der Landwirtschaft so groß seien, daß der Abteilungsleiter sich nicht auch noch um Forst und Jagd kümmern könne. »So weit, so gut? Eher nicht!«, stellt Thomas Weber, Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes Brandenburg irritiert fest.

Die Befassung mit Forst, Jagd und Naturschutz in einem Ministerium macht sicherlich Sinn. Forstwirtschaft aber heißt auch Wirtschaft und nicht nur Wildnis und Flächenstilllegung. Die Forsten in den Naturschutz abzuschieben, bedeutet indessen die Unterordnung des Wirtschaftens unter die Belange des Natur- und Artenschutzes.

»Als Waldeigentümer in diesem Land legen wir Wert darauf«, so Weber, »daß die Experten des Landesbetriebes Forst Brandenburg und des Landeskompetenzzentrums Forst Eberswalde die fachlichen Partner beim Waldumbau bleiben, nicht das fachfremde Landesumweltamt«. Waldeigentümer erfahren immer wieder eine starre und undifferenzierte Haltung des Landesumweltamtes, wenn es z.B. um forstliche Maßnahmen in FFH-Gebieten oder um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zum Schutz des Waldes geht. Diese oft einseitige Sichtweise setzt sich nun auch beim Waldumbau fort. Anstelle von klimaresilienten, standortgerechten Baumarten sollen dann nur noch standortheimische Baumarten gepflanzt werden. Und das, obwohl gerade die Klimaszenarien einigen heimischen Baumarten weniger Chancen einräumen. Dieser Position des Landesumweltamtes leistet die ministerielle Neuordnung Vorschub.

Es hätte Stil gehabt, wenn Minister Vogel im Forstausschuß, diese gravierende Änderung in der Zuordnung zuvor erläutert hätte, so Thomas Weber weiter. Es bleibt der Eindruck, daß Politik an den Betroffenen vorbei nur noch sich selbst im Blick hat. So kann Demokratie nicht gelingen!

Der Waldbesitzerverband Brandenburg hat sich im Schulteranschluß mit den Familienbetrieben Land und Forst Brandenburg während der gesamten Diskussion zum Waldumbau für mehr Veränderung und Wandel in der Jagd stark gemacht. »Wir werden uns auch weiterhin für Veränderungen und einen klimaresilienten Waldumbau einsetzen, aber wir müssen dies gemeinsam mit den Landwirten und den 100.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sowie den 12.000 Jägerinnen und Jägern im Land tun. Nur gemeinsam können wir wirklich etwas erreichen. Uns auseinanderdividieren zu wollen, ist kontraproduktiv« so Thomas Weber

Kreisarchiv Barnim:

Historisches Erbe bewahren

Archive gehören zu den wichtigsten Gedächtnisspeichern einer Gesellschaft. Sie verwahren historische Unterlagen, die für jeden interessierten Bürger eine spannende Entdeckungsreise in die Vergangenheit ermöglichen. Das Kreisarchiv Barnim ist dabei zum einen für die Überlieferung der verschiedenen amtlichen Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Barnim zuständig, bewahrt aber auch Schriftstücke aus sogenannten nichtamtlichen Überlieferungsquellen. Dazu gehören vor allem Industriebetriebe, Organisationen, Parteien, Vereine und Verbände sowie Vor- und Nachlässe von Privatpersonen. Diese Bestände können spannende Informationen beinhalten, die ansonsten in der amtlichen Überlieferung nicht vorhanden sind. Sie bilden dadurch die Vielfalt der Geschichte unserer Region ab.

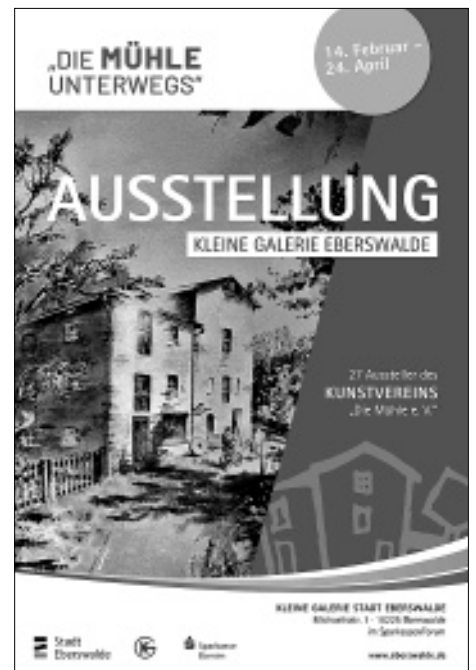
Leider gelangen historische Unterlagen aus Privatbesitz nicht automatisch ins Kreisarchiv. Damit dieses aber auch in Zukunft die Geschichte des Landkreises Barnim, seiner Orte und verschiedenen Institutionen umfassend bewahren und zur Auswertung bereitstellen kann, ist es auf Ihre Mithilfe angewiesen. Wenn Sie im Besitz von historischen Unterlagen sind, die eine Reise in die Vergangenheit unserer Region ermöglichen, wenden Sie sich bitte an das Kreisarchiv Barnim. Dort können die Expertinnen und Experten Ihre Schätze fachgerecht aufbewahren und sie entsprechend den gesetzlichen Vorgaben für die Öffentlichkeit zu Forschungs- und Bildungszwecken bereitstellen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen Ihre Schätze gerne durch und entscheiden dann in Abstimmung mit Ihnen, was ins Kreisarchiv übernommen werden soll. Informativ können neben geschichtlichen Materialsammlungen vor allem alte Geschäftsunterlagen von Unternehmen – auch von kleinen

(Traditions-)Betrieben – sowie den verschiedenen Innungen und (Produktions-)Genossenschaften des Handwerks sein. Der Vielfalt sind keine Grenzen gesetzt.

Wenn Sie also auch einen kleinen Beitrag zur Bewahrung unseres historischen Erbes leisten wollen, zögern Sie nicht und kommen mit Ihren Unterlagen ins Kreisarchiv Barnim. Sie finden uns in der Neuen Straße 4 in 16225 Eberswalde. Die Bushaltestelle Clara-Zetkin-Weg befindet sich direkt vor unserer Eingangstür. Wenn Sie sich über die einzelnen Bestände des Kreisarchivs Barnim genauer informieren möchten, lohnt sich ein Blick auf die online zur Verfügung gestellten Verzeichnungsdaten. Diese finden Sie ganz einfach unter www.kreisarchiv-barnim.findbuch.net/php/main.php.

ROBERT BACHMANN



»Gefährdung der Reputation«

Instagram blockiert Videos von brennendem M1 Abrams-Kampfpanzer

Im Januar 2023 hatten die USA verkündet, daß sie der Ukraine 31 M1 Abrams Kampfpanzer liefern werde. Außer dem Umstand, daß daraufhin auch andere Länder schwere Waffen lieferten, tat sich dann erstmal nichts. Bei der berühmten Sommeroffensive der Ukraine fehlten die Abrams. Ab Herbst tauchten dann erste nicht lokalisierbare Videos auf, die wahrscheinlich sehr weit hinter der Front zu Propagandazwecken aufgenommen wurden.

Nun, nach mehr als einem Jahr, häuften sich ab Mitte Februar die Gerüchte, wonach solche Abrams an der Front aufgetaucht seien.

Schon vor ein paar Tagen tauchte das Bild eines zerstörten Pionierpanzers auf Abrams-Basis auf. Und nun ist auch ein Video in den diversen »sozialen Medien« im Umlauf, das einen brennenden M1 Abrams Kampfpanzer zeigt.

Überall? Nein, nicht überall. Wie zu hören war, hat INSTAGRAM inzwischen damit begonnen, die kursierenden Videos mit dem zerstörten M1 Abrams zu blockieren. Als Begründung wird angegeben: »Schutz des Unternehmensimages und der Reputation«.

Ein Bündnis Sahara Wagenknecht in Wandlitz?

Im Januar 2024 war es endlich so weit. Es wurde eine neue Partei in Deutschland gegründet. Mit dem Wahlprogramm und der Politik der neuen von Sahara Wagenknecht initiierten Partei will sich die Wandlitzer Initiativgruppe »Vernunft, Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit« beschäftigen. Dabei geht es um wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit. Diese Punkte werden von den zurzeit verantwortlichen Politikern sträflich vernachlässigt. Wir erleben Sanktionen, die zuerst der deutschen Wirtschaft und den Menschen in Deutschland schaden, fehlende Chancengleichheit und keine soziale Sicherheit. Es wird einseitig auf die militärische Karte gesetzt, als hätte es nie die Politik von Willy Brandt gegeben. Unsere Freiheitsrechte werden immer weiter eingeschränkt.

Es kommt zu einer zunehmenden Verengung des Meinungsspektrums. Dies ist unver-

KI bei der EWE

Eberswalde (bbp). Der Stromversorger hat kürzlich einen seiner Kunden verloren. Wolfgang R. aus Finow ist im Januar verstorben. Die EWE erhielt von den Hinterbliebenen die Nachricht und antwortete wie folgt:

»Wir bedauern Ihren Verlust. Guten Tag Wolfgang R., Sie haben uns darüber informiert, daß Wolfgang R. verstorben ist. Hierzu möchten wir Ihnen unser aufrichtiges Mitgefühl aussprechen. Es gilt auf jeden Fall: Sprechen Sie uns jederzeit an, falls Sie Fragen haben. Wir sind gerne für Sie da. Freundliche Grüße Ihr EWE-Team«.

Die Hinterbliebenen, die diesen Brief erhielten, waren sehr beeindruckt von der erstaunlichen Empathie des »EWE-Teams«, das dem Verstorbenen sein Mitgefühl zu seinem Versterben ausspricht.

Stricken für jung und alt

Das HEBWERK bekommt seit Anfang 2024 einen großen Neuzugang an Menschen, Mitgliedern, Themen und Gruppen. Heute möchten wir euch einen unserer Neuzugänge vorstellen, die Gruppe »Stricken für jung und alt«. Und wie immer... ehrenamtlich und offen für alle. Interesse?

Wir lassen die Stricknadeln in den Räumen des Hebewerk e.V. glühen. Herzlich willkommen sind alle Ausprobierer, Fragensteller, Rat-suchende, Beginner, Fortgeschrittene und Profis, die Lust auf eine gemütliche und entspannte Runde haben. Strickst du gerne? Interesse? Dann kommt vorbei...

Wir treffen uns 14tägig zwischen 14 und 17 Uhr. Ort: Hebewerk e.V., Havellandstraße 15, 1. Stock, 16227 Eberswalde

CHRISTOFF GÄBLER

einbar mit unserem Grundgesetz und den Grundzügen einer freien Gesellschaft.

Wir wollen uns darüber hinaus auch mit anderen Gruppen im Barnim und im Land Brandenburg austauschen und vernetzen. Interessierte und Sympathisanten des Bündnisses Sahara Wagenknecht können sich per Mail an bsw-wandlitz@gmx.de wenden.

Wer Kontakt zum Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW) aufnehmen möchte, findet alle Daten auf der Homepage des Bündnisses – buendnis-sahra-wagenknecht.de.

FRANK BERGNER, Gemeindevertreter
in Wandlitz und fraktionsloser
Kreistagsabgeordneter im Barnim

BSW-Unterstützer Barnim

Bernau (bsw). Vier Wochen nach dem ersten Bundesparteitag des »Bündnis Sahara Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit« gründete sich am 26. Februar in Bernau die erste BSW-Unterstützergruppe im Landkreis Barnim. Zehn Unterstützerinnen und Unterstützer sowie die BSW-Mitglieder KERSTIN KÜHN und JENNY MEYER waren anwesend und diskutierten die nächsten Schritte.

Jenny Meyer: »Ich sehe das BSW als große Chance, den Irrweg, den die letzten Regierungen verfolgten, zu verlassen. Es müssen dringend pragmatische und gerechte Lösungen her, damit sich die Menschen auf eine funktionierende Gesundheitsversorgung und Infrastruktur verlassen können, damit Menschen für ihre Arbeit soziale Sicherheit erhalten, der Mittelstand und nicht Monopole gestärkt werden und nicht zuletzt die Außenpolitik von Diplomaten bestimmt wird statt von Waffenlobbyisten. Wir rufen alle auf, die das Bündnis Sahara Wagenknecht im Landkreis Barnim unterstützen wollen, sich per eMail unter bsw-vg.barnim@web.de bei uns zu melden.«

Porträts mit Aussage

Dies unterstreichen Beispiele aus der Ukraine. So hängt im Büro des Präsidenten ein Porträt des Präsidenten, beim jetzt abgelösten Oberbefehlshaber der Armee Saluschny, ne gekürter Held der Ukraine, hing ein Porträt von Bandera (dem Faschistenführer der Ukrainer in den 1930er und 40er Jahren) und schließlich findet sich im Büro des Kiewer Bürgermeisters Klitschko das Porträt Saluschnys. So schließt sich der Kreis nationaler und ideologischer Betrachtung.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk wies Klitschko am 1. Februar, sicher zur Freude des Präsidenten, auf die ausstehenden Wahlen des Parlamentes als auch auf die fälligen Präsidentenwahlen hin. Man darf gespannt sein, wann wieder gerutscht wird.

BERND C. SCHUHMAN

BBP-Bücherkiste

Dies ist die BBP-Bücherkiste Nummer 7. Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16). Ausgeliefert wird einmal im Monat, immer zusammen mit der jeweils aktuellen Bürgerpostausgabe.

• **Karl-Eduard von Schnitzler: Provokation**, Edition Nautilus im Verlag Lutz Schulenburg 1994, 192 Seiten, Spende.

Ein empfehlenswertes Buch für alle, die guten, parteilichen Journalismus mögen. Am Autor reiben immer noch ganze Heerscharen mit Halbwahrheiten und Verleumdungen. Man nimmt vor allem übel, das ein Mensch seiner Herkunft Kommunist werden kann – und auch bleibt. Schnitzler hat jedenfalls keine Hetze betrieben, sondern immer sauber recherchiert und unbequeme Wahrheiten ausgesprochen. Das ihn deshalb viele nicht leiden konnten, überrascht nicht.

• **Dimitri Furmanow: Tschapajew**, Verlag Volk und Welt Berlin 1985, Reihe ex libris, Spende.

Anatoli Lunatscharski schrieb 1925 über das 1923 erstmals erschienene Buch: »In Furmanows Buch finden wir viele leuchtende Beispiele dafür, welche große moralische Hilfe die Kunst für die Tschapajew-Division auf ihrem schweren Weg bedeutete«. Isaak Babel schrieb: »Der Tschapajew ist für mich ein Handbuch. Ehrlich gesagt, so etwas ist über den Bürgerkrieg noch nicht geschrieben worden«.

»Guten-Morgen-Eberswalde«:

Förderung zugestimmt

Der Ausschuß für Kultur, Senioren und Integration (AKSI) der Stadt Eberswalde hat im Rahmen seiner jüngsten Sitzung mit einem einstimmigen (!) Votum unseren Antrag auf Kulturförderung für die Veranstaltungsreihe Guten-Morgen-Eberswalde 2024 genehmigt. Dafür danken wir!

Guten-Morgen-Eberswalde ist ein gutes Beispiel, wie sich öffentliche Förderung, privates Sponsoring, ehrenamtliches Engagement und eine unglaublich starke Publikumsnachfrage ergänzen, stärken und Ausstrahlung entwickeln. Guten-Morgen-Eberswalde findet seit dem 14. Juli 2007 ausnahmslos an jedem Sonnabend statt und ist eine Einladung an alle Bürger und Bürgerinnen und die Gäste unserer Stadt. Wir sind öffentlich sichtbar, das Programm ist zum allergrößten Teil für alle Generationen geeignet, die Teilnahme hängt nicht am Geldbeutel, denn der Eintritt ist frei. Wir treffen uns um HALBELF am Vormittag, zu einer Tageszeit also, die es auch älteren Menschen und Familien mit Kindern wie selbstverständlich möglich macht, dabei zu sein.

UDO MUSZYNSKI | 15



Lesezeit mit Hans-Jörg Rafalski
Guten-Morgen-Eberswalde · DCCCLXX
Sonnabend, 9. März, 10:30 Uhr · Paul-Wunderlich-Haus

Lesezeit. Im Rahmen der 870. Ausgabe von Guten-Morgen-Eberswalde am Sonnabend, dem 9. März, stellt der Autor Hans Jörg Rafalski sein neues Buch »Niederfinow« vor. Nach EROSION 1 und 2 widmet sich Hans Jörg Rafalskis Neuerscheinung noch einmal einem regionalen Finowalthema. Im Zentrum stehen die letzten Kriegswochen im Frühjahr 1945 und die mögliche Gefahr der Zerstörung des Schiffshebewerkes Niederfinow. Entstanden ist eine umfangreiche Dokumentation, die in der Gegenüberstellung deutscher Zeitzeugenberichte und sowjetischer Operationsberichte zu einem Weißbuch beglaubigt wird. Los geht es um Halbelf am Vormittag und

Treffpunkt ist das Paul-Wunderlich-Haus, direkt am Marktplatz der Stadt. Der Eintritt bei Guten-Morgen-Eberswalde ist wie immer frei, Spenden für die freie Kulturarbeit sind wichtig und gern gesehen.

Bei Guten-Morgen-Eberswalde wird es am 9. März 2024 einen Büchertisch geben. Zum Verkauf stehen die Publikationen des Verlages Papierwerken von Hans Jörg Rafalski. So sind u.a. die letzten Exemplare der Erosionsbände, wie natürlich auch die Neuerscheinung erhältlich. Der Autor signiert. Alle Bücher von Papierwerken sind mit hohem buchünstlerischem Anspruch produziert.

UDO MUSZYNSKI

NIEDERFINOW · Weißbuch über den amerikanischen Luftangriff auf Niederfinow und die letzten Kriegswochen im Finowtal · Idee, Recherche, Texte, Fotos und Design: Hans Jörg Rafalski · 56 Seiten mit 10 Farbfotos und 11 Frontkarten · Erste Ausgabe 2023, 333 Exemplare, 34,- Euro · www.papierwerken.com · bei der Lesung im Rahmen von Guten-Morgen-Eberswalde ist der Eintritt frei

In der Galerie Fenster im Vereinsschiff der Wohnungsgenossenschaft 1893 eG (Prignitzer Straße 50, Brandenburgisches Viertel, Eberswalde) öffnen am Sonntag, den 10. März, um 14 Uhr die neuen Ausstellungen. In den oberen Räumen wird dann Malerei von Hannelore Teutsch und im Kabinett im Erdgeschoß die Zeichnungen von Johannes Regiu zu sehen sein.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).
Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Abendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

Internationaler Frauentag:

Poesie trifft Musik

Eberswalde (bbp). Die Garage59 im Rofinpark (Coppistraße 3) lädt am Internationalen Frauentag zum zweiten Song Slam Eberswaldes. Liederschreiberinnen und -schreiber treten in drei Runden mit selbstgeschriebenen Liedern gegeneinander an.

»Ob Rock, Pop oder Techno-Schlager, ist dabei völlig egal«, teilt Gastgeberin Almuth Nitsch mit. »Ob wir die Frauenquote auf der Bühne erfüllen werden, werden wir sehen. Mit der wunderbaren VERA THAXTON als Moderatorin machen wir schon mal alles richtig.«

Das Publikum entscheidet dann, wer nochmal auftreten darf. Zu gewinnen gibt es das, was die Gäste mitbringen. Kleine und große Geschenke dürfen in der Pause bei der Moderatorin abgegeben werden. Wer mitmachen will, kann per eMail an GARAGE59@POSTEO.DE wenden.

Einlaß ist am 8. März ab 19.30 Uhr, um 20 Uhr beginnt der SONG SLAM. Tickets gibt es an der Abendkasse für 5 oder 7 Euro.

Internationaler Frauentag

Verein und Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« wünschen allen Frauen und Mädchen und auch allen, die es sein wollen, alles Gute zum INTERNATIONALEN FRAUENTAG, der nicht nur Feiertag, sondern zugleich auch ein Kampftag für die Gleichberechtigung und Gleichstellung für die weibliche Hälfte der Menschheit und für die Überwindung aller gesellschaftlichen Verhältnisse ist, in denen Frauen und Mädchen unterdrückt, diskriminiert, von Gewalt bedroht werden.

Alles Gute zum Frauentag!

GERD MARKMANN,

Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 23. Februar 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21. März 2024.